ÖKOSOZIALER BODENKOMPASS

Ein Leitfaden für Bodenschutz und nachhaltiges Flächenmanagement im ländlichen Raum

ÖKO SOZIALES FORUM

INHALT

3 MIT WISSEN & PLANUNG FLÄCHEN SPAREN UND BODEN SCHÜTZEN

5 KEINE UNENDLICHEN RESSOURCEN

6 ÖKOSOZIALE MARKTWIRTSCHAFT & ÖKOSOZIALES FORUM

8 EINMALEINS BEIM BODENSCHUTZ
Boden in Zahlen I Gemeinden und Bodenschutz I Wofür wir Flächen brauchen I Warum nachhaltiger Umgang mit Boden wichtig ist I Was Bodenschutz ist I Ökosoziale Bodenpolitik

Aktionsfelder:

16 INFORMIEREN UND KOMMUNIZIEREN
Entscheidungsträger fortbilden I Wissen vermitteln, Bewusstsein schaffen & richtig kommunizieren Beraten

24 KOOPERIEREN
Interkommunal zusammenarbeiten I Öffentlich-private Partnerschaft I Aktive Beteiligung fördern

32 PLANUNG OPTIMIEREN
Lokale Raumordnungsinstrumente I Planungsgrundlage verbessern und Ziele stecken
Management von Bauland

40 SPARSAM FLÄCHEN NÜTZEN UND BODEN SCHÜTZEN
Ortskern stärken & Zersiedelung entgegenwirken I Baukultur, verdichtetes Bauen und weniger versiegeln
Nachnutzung & Flächenrecycling I Infrastruktur & Frei- und Grünräume schaffen

MIT WISSEN & PLANUNG FLÄCHEN SPAREN UND BODEN SCHÜTZEN

© weinfranz_FOTOGRAFIE

Jede Gemeinde braucht Platz für's Wohnen, für Schulen, Betriebe und für Straßen. Aber Raumplanung ist viel mehr als nur Umwidmen und dann Bauen. Erfolgreiche Raumplanung ist das Instrument einer vorausschauenden Gestaltung unseres unmittelbaren Lebensumfelds und gleichzeitig ein wichtiger Schlüssel zum Schutz lebensnotwendiger Ressourcen wie fruchtbarem Ackerland, kostbarem Wasser und nicht zuletzt dem Boden selbst.

Die Werkzeuge, die Bürgermeister und Gemeindemandatare dabei in den Händen halten sind so vielfältig wie die Herausforderungen, denen sich unsere Gemeinden gegenüber sehen. Viele stehen vor ähnlichen Problemen, denen man oft auch mit ähnlichen Lösungen begegnen kann, denn viele erfolgreiche Initiativen bieten sich ganz einfach zum Nachmachen an.

Wenn Raumordnung nicht bloß als „Widmung auf Zuruf" verstanden wird, sondern als vorausschauende Planung und als aktives Management begrenzter Flächen, dann wird es uns gemeinsam gelingen, sparsam mit Grund und Boden umzugehen und auch in Jahrzehnten noch Entwicklungsräume zur Verfügung zu haben. Es zahlt sich aus!

Ihr

Stephan Pernkopf
Präsident des Ökosozialen Forums Österreich

© shutterstock.com / PHB.cz (Richard Semik)

KEINE UNENDLICHEN RESSOURCEN

© Matern/Gemeindebund

Boden ist eine wichtige Ressource in jeder Gemeinde. Sie ist endlich, steht also nicht unbegrenzt zur Verfügung. Die Gemeinden haben bei der Nutzung bzw. beim Verbrauch dieser Bodenressourcen eine sehr wichtige Rolle. Sie entscheiden maßgeblich mit, wie hoch oder niedrig der Verbrauch dieser Ressource ist.

Die letzten Jahrzehnte haben einerseits sehr deutlich die Grenzen der Zersiedelung und des Bodenverbrauchs aufgezeigt, sie haben aber auch gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger großen Wert auf qualitätsvollen Wohnraum legen. Diesen Spagat zu bewältigen, ist mit Sicherheit nicht immer einfach. Gerade deshalb sind Werkzeuge wie dieser Bodenkompass so wertvoll, weil sie Lösungswege aufzeigen, auf die man selbst vielleicht gar nicht käme.

Wir in den Gemeinden haben eine große Verantwortung unseren Bürgern, aber auch den nachfolgenden Generationen gegenüber. Auch sie wollen intakte und unbebaute Naturlandschaften vorfinden, genauso wie sie Wohnraum und Arbeitsstätten brauchen. Diese Herausforderungen zu lösen ist unsere gemeinsame große Aufgabe.

Ihr

Prof. Helmut Mödlhammer
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

ÖKOSOZIALE MARKTWIRTSCHAFT & ÖKOSOZIALES FORUM

Die Idee der Ökosozialen Marktwirtschaft geht von einem dreifachen Nachhaltigkeitsprinzip aus. Im Sinne kultureller und menschlicher Nachhaltigkeit arbeiten wir für den Erhalt des guten sozialen Miteinanders auf globaler, nationaler und regionaler Ebene. Es geht um anständige Arbeitsplätze und um faire Bedingungen. Im Sinne natürlicher Nachhaltigkeit tritt die Ökosoziale Marktwirtschaft für den Erhalt der Umwelt und der natürlichen Ressourcen ein.

Eine Idee reicht nicht. Sie muss auch umgesetzt und gelebt werden. Das Ökosoziale Forum tritt für die Umsetzung der Ökosozialen Marktwirtschaft ein und versucht, die Politik und die Wirtschaft von deren Bedeutung zu überzeugen. Das Ökosoziale Forum agiert dabei als Think-Tank, sozusagen als Denkfabrik, die Konzepte auf wissenschaftlicher Basis entwirft, Antworten auf gesellschafts- und wirtschaftspolitische Fragen liefert und diese in weiterer Folge auf die Tagesordnung der EntscheidungsträgerInnen bringt. Darüber hinaus möchte das Ökosoziale Forum zukunftsrelevante Veränderungen aktiv begleiten.

Zur Familie der Ökosozialen Foren gehören neben dem Ökosozialen Forum Österreich und dem Ökosozialen Forum Europa auch das Ökosoziale Studierendenforum und die Ökosozialen Foren Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark, Salzburg und Kärnten, die die Idee auch unter den Studierenden bzw. in den Bundesländern und Regionen vorantreiben.

© shutterstock.com/ Roman Sakhno

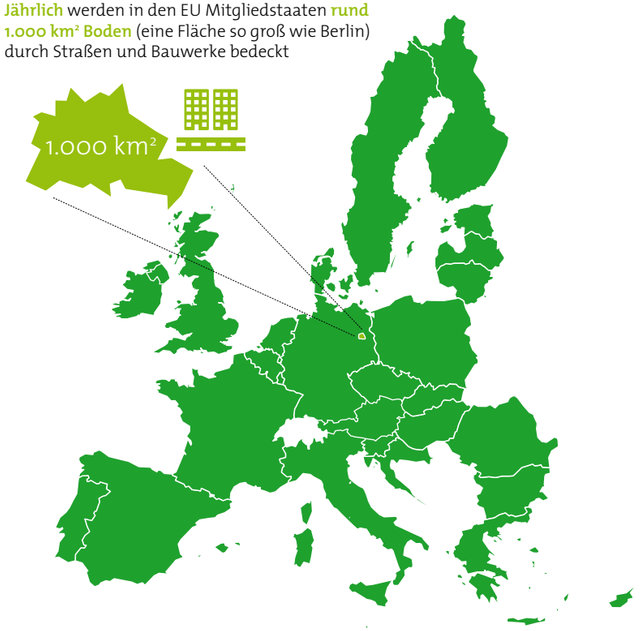
BODENCHARTA

Der sorgsame Umgang mit Boden ist ein wichtiges Anliegen des Ökosozialen Forums. Ein bedeutender Meilenstein in diesem Engagement ist die im März 2014 unterzeichnete Bodencharta. Auf Initiative des Ökosozialen Forums unterschrieben neun weitere Organisationen diese Erklärung – das Klimabündnis, der Gemeindebund, das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, die Landwirtschaftskammer Österreich, das Umweltbundesamt, die Österreichische Hagelversicherung, der Handelsverband sowie das Bundesforschungszentrum für Wald und b5-corporate soil competence. Alle Organisationen bekennen sich dazu, den derzeit massiven Bodenverbrauch in Österreich zu stoppen und die Ressource Boden nachhaltig zu schützen.

Die Bodencharta soll Verantwortungsträger motivieren, mit nicht-bebauten und ertragreichen Flächen sorgsam umzugehen. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass vorhandene Regelwerke nicht ausreichen, um eine Trendwende beim Bodenverbrauch herbeizuführen. Deshalb wollen wir gemeinsam das Bewusstsein für Bodenschutz in der Bevölkerung stärken, auf die Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen hinwirken, Bodenschutz bei Großprojekten zum Thema machen und Initiativen zur Ortskernbelebung und zur Nutzung von Leerflächen anregen.

BODEN IN BILDERN

Jährlich werden in den EU Mitgliedstaaten **rund 1.000 km² Boden** (eine Fläche so groß wie Berlin) durch Straßen und Bauwerke bedeckt

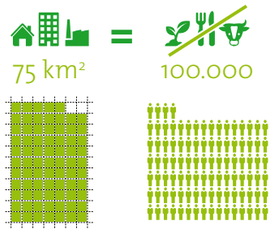


Quelle: Umweltbundesamt

Täglich wird in Österreich ein Bauernhof mit einer Fläche von **rund 161.000 m²** (= 16,1 ha) in Anspruch genommen. Also umgerechnet **rund 30 Fußballfelder.** Pro Jahr sind das über 5.800 ha.

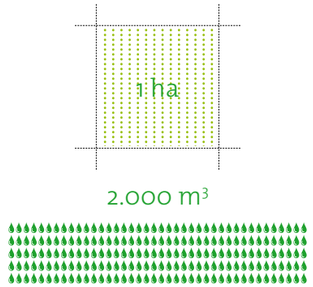
Quelle: Umweltbundesamt, Österreichische Hagelversicherung

In Österreich werden jährlich Böden im Ausmaß von rund **75 km²** für Wohnen, Gewerbe, Industrie und Freizeit in Anspruch genommen und somit der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen. Dieser **Produktionsverlust** entspricht dem jährlichen **Nahrungsbedarf** von etwa **100.000 Personen**



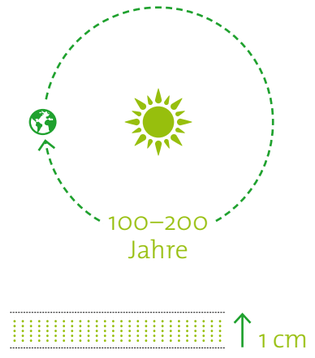
Quelle: Umweltbundesamt

Ein Hektar funktioneller (unversiegelter) Boden kann **2.000 m³ Wasser** speichern.



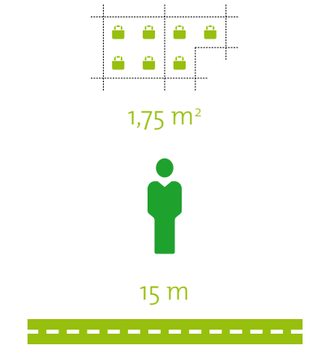
Quelle: Umweltbundesamt

Die Neubildung von **1 cm Humus** dauert **100 bis 200 Jahre**



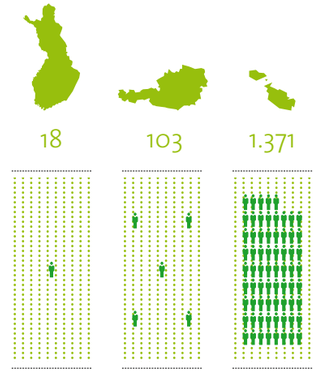
Quelle: Land Oberösterreich

Österreich hat mit **1,75 m² Verkaufsflächendichte** und **15 m Straßenlänge pro Kopf** international die höchsten Verbauungszahlen aufzuweisen.



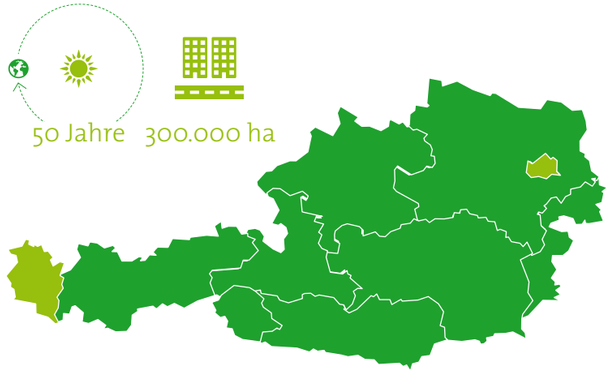
Quelle: Österreichische Hagelversicherung

Bevölkerungsdichte Einwohner/km²: **Finnland 18, Österreich 103, Malta 1.371**



Quelle: Eurostat

In den vergangenen **50 Jahren** wurden rund **300.000 ha Böden versiegelt.** Das entspricht der gemeinsamen Fläche Vorarlbergs und Wiens oder der landwirtschaftlich genutzten Fläche Oberösterreichs



Quelle: Österreichische Hagelversicherung

Eine **landwirtschaftliche Produktionsfläche, anderthalb Mal** so groß wie die **USA,** wird weltweit **„umsonst"** bewirtschaftet. Die Erzeugnisse dieser Fläche landen im Müll oder kommen aus Produktions- oder Logistikgründen nicht beim Konsumenten an.

Quelle: Bauernzeitung

GEMEINDEN UND BODENSCHUTZ

Österreichische Gemeinden stehen vor enormen Herausforderungen. Während viele Städte wachsen, sind vor allem ländliche Gemeinden abseits der Ballungsräume mit sinkenden Bevölkerungszahlen konfrontiert. Das Durchschnittsalter der ländlichen Bevölkerung steigt rascher als im Bundesschnitt, Betriebe wandern ab und Arbeitsplätze gehen verloren. Parallel geht die Auslastung lokaler Infrastruktur wie Schulen, Ärzte oder Nahversorger zurück, was wiederum die Attraktivität als Wohnort schmälert.

Manche Gemeinden versuchen diesem Trend mit Umwidmungen am Ortsrand und Wohnraumschaffung im Grünen zu begegnen. So genannte Donut-Dörfer sind heute nicht mehr die Ausnahme. Während der Rand wächst, macht sich im Ortskern anstatt einer funktionierenden Struktur quasi ein Loch breit – geschlossene Geschäfte, leere Gewerbelokale, ungenutzter Wohnraum, unattraktive öffentliche Flächen.

Gleichzeitig zwingt die Ausdünnung der Infrastruktur die Menschen im Ort, im Alltag längere Wege zurückzulegen – zum Einkaufen, zum Arbeitsplatz, zur Schule oder zum Arzt. Dadurch steigt das Verkehrsaufkommen und damit wiederum die Umweltbelastung. In der Spirale aus Bevölkerungsrückgang, Verlust an Infrastruktur, Einschnitten in der Lebensqualität geht es für Gemeinden am Land um Geld und in letzter Konsequenz um nicht weniger als ihre Zukunft.

Neben den Veränderungen in der Region sind heute auch kleine Gemeinden von internationalen und globalen Entwicklungen betroffen. So steigt der Druck auf Wirtschaftstreibende aufgrund des internationalen, aber auch regionalen Wettbewerbs. Klimatische Veränderungen machen auch vor erklärten Umweltgemeinden nicht Halt und Bauern, Hausbesitzer und Gewerbebetriebe müssen mit Wetterextremen und Umweltveränderungen zu Rande kommen.

WOFÜR WERDEN FLÄCHEN EIGENTLICH IN ANSPRUCH GENOMMEN?

Österreich hat eine Landesfläche von 83.882 km², wovon 31.272km², also 37,3 % als Dauersiedlungsraum gekennzeichnet werden. Unter Dauersiedlungsraum versteht man jene Fläche, die für Siedlungstätigkeiten, Verkehr und Landwirtschaft nutzbar ist. Der Rest wie Gebirge oder Seen stehen aufgrund der Topographie dafür nicht zur Verfügung.

5.501 km² oder 17,6 % des Dauersiedlungsraums sind für Bau-, Verkehrs-, Erholungs- und Abbauflächen in Verwendung. Landwirtschaftliche Produktion ist dort nicht mehr möglich, selbst wenn es sich mittlerweile um gewerbliche Leer- oder industrielle Brachflächen handelt.

Der Versiegelungsgrad von Bauflächen liegt bei 43 %. Versiegelung bedeutet, dass der darunterliegende Boden durch das Asphaltieren von Straßen, den Bau von Häusern, Gewerbe- oder Industrieanlagen bzw. durch Bodenverdichtung keinerlei biologische Funktionen mehr erfüllt. Es kann kein Wasser versickern, Pflanzen können nicht mehr wachsen und Flächen heizen sich im Sommer schneller auf.

Zwischen 2012 und 2015 wurde in Österreich laut Umweltbundesamt jeden Tag zusätzlich eine weitere Fläche von 16,1 Hektar in Anspruch genommen, davon 7 Hektar an Betriebs-, Erholungs- und Abbauflächen und 6,7 Hektar an Bau- und Verkehrsflächen.

Viele Entscheidungen für eine Flächeninanspruchnahme ziehen zwangsläufig weitere Flächeninanspruchnahmen nach sich. Werden beispielsweise am Ortsrand Einfamilienhäuser gebaut, muss auch die entsprechende Infrastruktur wie Leitungen oder Straßen errichtet werden. Entsteht ein Supermarkt außerhalb der Wohngebiete, werden mehr Parkplätze nötig sein als bei Einkaufsmöglichkeiten im Ortszentrum, das für viele Leute zu Fuß erreichbar ist.

Menschen brauchen Flächen zum Wohnen, zum Arbeiten, für ihre Mobilität und ihre Freizeit. Flächen werden jedoch auch für die Nahrungsmittelproduktion benötigt, für die Energiebereitstellung und als Schutz vor Hochwasser oder Naturkatastrophen.

Menschen leben seit jeher dort, wo die besten (fruchtbarsten) Böden sind. Diese Ausgangslage für Wirtschaften und Leben wurde jahrhundertelang präferiert. Die logische Schlussfolgerung ist, dass dadurch vermehrt „gute“ Böden für Siedlungen in Anspruch genommen wurden. Durch die steigende Inanspruchnahme wird der sparsame und vernünftige Umgang mit Boden immer wichtiger, damit auch in Zukunft Flächen für die verschiedenen Bedürfnisse zur Verfügung stehen. Der nachhaltige Umgang mit Böden eine der größten Herausforderungen der heutigen Zeit. Nicht nur in Österreich, sondern weltweit.

WARUM IST DER NACHHALTIGE UMGANG MIT BÖDEN SO WICHTIG?

Boden ist mehr als Platz für's Bauen. Boden erfüllt viele weitere Funktionen, die ihn für Wirtschaft und Gesellschaft unverzichtbar und daher schützenswert machen.

Boden ist Nahrung
Für die Lebens- und Futtermittelerzeugung werden Acker- und Grünlandflächen benötigt. Der langfristige Trend zeigt einen deutlichen Rückgang der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Angesichts einer wachsenden Bevölkerung sollte – trotz steigender landwirtschaftlicher Produktivität – mit der Grundlage unserer Ernährung sorgsam umgegangen werden.

Boden ist Energie
Nachwachsende Rohstoffe können fossile Energieträger ersetzen. Das schützt das Klima und stärkt die regionale Wirtschaft.

Boden ist Lebensqualität
Ein attraktives Lebensumfeld wird durch die Erhaltung und Schaffung von Erholungsgebieten, Freiräumen und der Kulturlandschaft, aber auch durch einen belebten Ortskern, gute Infrastruktur und eine intakte Versorgung geschaffen.

Boden ist Zukunft
Ökosozial bedeutet, dass künftige Generationen keine schlechteren Ausgangsbedingungen vorfinden sollen als die Generationen davor. Für eine gesunde Regionalentwicklung muss den nachfolgenden Generationen Gestaltungsmöglichkeiten und Spielraum gegeben werden.

Boden ist Vergangenheit
Der Boden ist das Archiv der Naturgeschichte. In ihm finden sich Hinweise über die Umweltbedingungen während seiner Ausbildung. Böden lassen auch Rückschlüsse auf die Kulturgeschichte zu, denn menschliche Siedlungs- und Kulturaktivitäten hinterlassen vielfältige Spuren.

Boden ist Schutz
Ein gesunder Boden kann bis zu 2.000 Kubikmeter überschüssiges Wasser pro Hektar speichern. Das Wasserspeichervermögen durch intakte Böden vermindert so das Hochwasserrisiko bei steigenden hochwasserfördernden Ereignissen.

Boden ist Filter
Der Boden regelt den Wasserhaushalt (Grundwasserneubildung, Abflussregulierung und thermische Ausgleichsfunktion) und den Stoffhaushalt (Nährstoffverfügbarkeit, Gashaushalt und Kohlenstoffspeicher). Gleichzeitig werden organische Substanzen abgebaut und Humus aufgebaut. Boden wirkt damit als Filter und Puffer für Schadstoffe.

Boden ist Gesundheit
Unversiegelte Böden ermöglichen die Bindung von Staub und haben einen positiven Einfluss auf das Mikroklima. Vor allem in stark verbauten bzw. versiegelten Gebieten kommt es zu verhältnismäßig stärker ausfallenden Temperaturanstiegen. Besonders in stadtnahen Gebieten zählen Grünflächen und Parkanlagen daher bereits als beliebte Raumplanungselemente.

Boden ist Natur
Als Lebensgrundlage und -raum für Pflanzen und Tiere, aber auch für Bodenorganismen ist Boden Grundlage für unsere Biodiversität.

Boden ist Klima
Böden speichern den größten Anteil an terrestrisch gebundenem Kohlenstoff in der Biosphäre und sind damit Schlüsselfaktor im Kampf gegen den Klimawandel.

Boden ist Wirtschaft
Die landwirtschaftliche Produktion ist wichtiger Wirtschaftsfaktor und Einkommensquelle im ländlichen Raum. Darüber hinaus sind Böden Lagerstätten für Rohstoffe, die Ausgangsstoffe für wirtschaftliche Aktivitäten sind.

© Österreichische Hagelversicherung

BODEN IST UNSERE LEBENSGRUNDLAGE

Täglich werden in Österreich wertvolle Wiesen und Äcker im Ausmaß von rund 30 Fußballfeldern für Straßen, Siedlungen, Shopping-Center oder Industriehallen verbaut. Damit hält Österreich bei der Verbauung und Zerstörung der fruchtbaren Böden einen Negativrekord in Europa. Dabei haben wir bereits mit 1,8 m² die höchste Supermarktfläche pro Kopf, mit 15 m pro Kopf das längste Straßennetz und dabei stehen 50.000 Hektar Industriehallen, Gewerbe- und Wohnimmobilien leer. Es ist notwendig Anreizsysteme für die Revitalisierung leer stehender Objekte zu schaffen, um eine rasche Trendwende zu erreichen.

Der Boden fehlt auch zunehmend für den Anbau heimischer Lebensmittel und gefährdet somit die Eigenversorgung der österreichischen Bevölkerung. Bei einer derart voranschreitenden Verbauung gibt es in 200 Jahren keine Böden mehr, auf denen wir Lebensmittel anbauen können. Ein gesetzlicher Schutz landwirtschaftlicher Vorrangflächen wäre ein weiterer wichtiger Schritt, um die Versorgung sicherzustellen.

Durch den fehlenden Wasser- und CO_2-Speicher wird die Erderwärmung beschleunigt, Überschwemmungsschäden und Dürrekatastrophen nehmen zu, aber auch der Tourismus und die 500.000 Arbeitsplätze entlang der agrarischen Wertschöpfungskette sind gefährdet. Wir müssen daher verstärkt auf Bewusstseinsbildung setzen, damit auch unsere nachfolgenden Generationen – unsere Kinder und Kindeskinder – eine lebenswerte Umgebung vorfinden.

Kurt Weinberger
Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Hagelversicherung

WAS IST BODENSCHUTZ?

So vielfältig die Funktionen des Bodens sind, so vielfältig sind auch die Interessen, die mit dem Boden bzw. der Nutzung des Bodens in Verbindung stehen. Deshalb geht Bodenschutz alle an und braucht die Mitarbeit von möglichst allen.

Beim Bodenschutz wird zwischen qualitativem und quantitativem Bodenschutz unterschieden. Beim qualitativen Bodenschutz soll der gute Zustand des Bodens erhalten bleiben, sodass der Boden auf den betroffenen Flächen seine Funktionen im Idealfall erfüllen kann oder die Einschränkungen so gering wie möglich ausfallen. Dies geschieht durch die Verhinderung oder Minderung von Bodenbelastungen wie Bodenverdichtung, Schadstoffbelastung, Klärschlammausbringung oder Erosion.

Der quantitative Bodenschutz versucht die Neu-Inanspruchnahme von Flächen durch Verbauung möglichst gering zu halten. Dies geschieht durch Nachnutzung leerstehender Gebäude oder Flächen statt Neuwidmungen, dem Bauen in die Höhe statt in die Breite, dem Verlegen von Autostellplätzen unter Gebäude etc.

Bodenschutz ist eine umfassende Aufgabe und kann durch sehr verschiedene Maßnahmen erfolgen. Bodenschutz ist zudem ein europäisches Anliegen, aber auch eine Politik der kleinen Schritte und ist nie abgeschlossen. Auch wenn überregionale Bekenntnisse große Bedeutung – vor allem für die Bewusstseinsbildung und Rahmenregelungen – haben, so strebt die österreichische Nachhaltigkeitsstrategie eine maximale Flächeninanspruchnahme von 2,5 Hektar pro Tag an. Bodenschutz wird letztlich im Kleinen entschieden – in den Gemeinden.

Für die sparsame Flächennutzung bildet die Raumordnung den Grundstein. Die Raumordnungskompetenz, also die Gesetzgebung und Vollziehung, ist grundsätzlich auf Ebene der Bundesländer angesiedelt. Manche Planungskompetenzen liegen beim Bund, wie die Planung von hochrangigen Verkehrsachsen und Stromleitungen. Der Vollzug der Raumordnung wird teilweise zu den Gemeinden verlagert. Die Gemeinde hat mittels örtlicher Raumordnung für die geordnete Entwicklung des jeweiligen Gemeindegebiets zu sorgen. Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung kommt den Gemeinden beim Flächensparen eine entscheidende Rolle zu.

Jede Gemeinde steht dabei vor anderen Herausforderungen, braucht deshalb auch eigene Lösungsansätze und Antworten. Mittlerweile haben zahlreiche Gemeinden bemerkt, dass sich langfristig gedachte – im ersten Moment vielleicht auch unattraktive – Maßnahmen letztendlich auszahlen, manchmal doppelt oder sogar dreifach im wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Sinn lohnen. Manche Lösungen im Bereich Bodenschutz möchten wir mit dieser Broschüre aufzeigen. Nicht alle Lösungen passen für alle Gemeinden, aber manche Ideen lassen sich übertragen. Das Rad muss nicht immer neu erfunden werden. Wenn es passt, ist Nachmachen durchaus erwünscht.

ÖKOSOZIALE BODENPOLITIK: NÜTZEN – SCHÜTZEN – LENKEN

Wir brauchen Boden und wir brauchen Flächen. Für Wirtschaft, Gesellschaft und für den ökologischen Ausgleich. Eine ökosoziale Gemeindepolitik versucht, die verschiedenen Interessen und Bedürfnisse in Einklang zu bringen. Und das ist kein Nullsummenspiel. Mit kluger Planung ist qualitativer und quantitativer Bodenschutz möglich und gleichzeitig lassen sich attraktive Strukturen im ländlichen Raum sicherstellen.

Ökosoziales Flächenmanagement orientiert sich an dem dreiteiligen Anspruch „nützen – schützen – lenken". Bürgerinnen und Bürger und Gemeinden brauchen Flächen für Land- und Forstwirtschaft, Gewerbe und Wohnen bis hin zu Erholung und Mobilität. Ziel ist es, auf die gesellschaftliche und wirtschaftliche Nachfrage nach Flächen einzugehen, dabei jedoch den Erhalt von wertvollem Bestand und Neuerrichtungen so gut wie möglich zu managen. So können Neuwidmungen kritisch geprüft oder bestehendes Potenzial ermittelt und genutzt werden. Orientieren muss man sich an der bestehenden Infrastruktur wie beispielsweise Verkehrsachsen. Eine vorausschauende Bodenpolitik der Gemeinden trägt dazu bei, die Nachfrage nach Neuwidmungen zu reduzieren. Eine nachhaltige Entwicklung von Siedlungs- und Gewerbegebieten besteht nicht aus Verboten, sondern aus aktiver Gestaltung und Lenkung.

Es geht also darum, für Bebauungen zunächst bereits erschlossene Flächen zu nutzen (bzw. nicht besonders hochwertige Böden) oder Leerstände einer neuen Nutzung zuzuführen. Erst wenn dies nicht möglich oder sinnvoll ist, sollten neue Flächen in Anspruch genommen werden. Und dann sollte der Boden so weit wie möglich geschützt werden. Das bedeutet, dass Eingriffe möglichst flächen- bzw. bodenschonend gemacht werden sollten (durch Bauen in die Höhe und nicht in die Breite, durch eine Planung, die wenig weitere Versiegelungen nach sich zieht, oder durch entsprechende Beläge, welche die Wasserspeicherkapazität des Bodens nur geringfügig einschränken etc.). Unter diesen Leitlinien sollte Flächeninanspruchnahme in der Gemeinde auf jeden Fall gelenkt und nicht sich selbst überlassen werden. Bewusstseinsbildung ist ein erster Schritt, um allen Beteiligten Handlungsspielräume zu vermitteln und Entwicklungspotenziale zu ermöglichen, die die Potenziale der anderen nicht unnötig einschränken.

© Klimabündnis

SO KANN'S GEHEN:

BODENBÜNDNIS – WAS FÜR'S KLIMA GUT IST, IST AUCH FÜR DEN BODEN GUT

Österreichweit

Klima und Boden – zwei Schutzgüter, die untrennbar miteinander verknüpft sind. Wer in seiner Gemeinde das Thema Raumplanung und Bodenschutz nicht nur eine Nebenrolle spielen lassen will und nach kreativen Ansätzen sucht, ist beim Bodenbündnis gut aufgehoben. Das Bündnis ist ein Zusammenschluss europäischer Städte, Gemeinden und Regionen mit dem Ziel, eine sozial gerechte Landnutzung und eine verantwortungsvolle Kommunalpolitik zu forcieren. Dabei geht es voll und ganz um einen verantwortungsvollen Umgang mit unseren Böden. Die Gemeinden haben es in der Hand, auf Ortskernbelebung zu setzen und nicht auf flächen- und kostenintensive Zersiedelung der Landschaft. Bodenschutz ist Klimaschutz. Das Klimabündnis koordiniert das Bodenbündnis in Österreich.

Nähere Informationen unter
www.bodenbuendnis.or.at

© Klimabündnis

Viele Anstrengungen im Klimaschutz werden durch den Verlust von Böden zunichte gemacht. Wir reden von riesigen Mengen CO_2, die gesunde Böden speichern. Was wir tun können, ist eigentlich recht banal und gleichzeitig ein Plädoyer für Genuss und Lebensfreude. Das, was gut für unsere Gesundheit ist, ist gut für den Boden und gut für das Klima.

Martina Nagl, Klimabündnis Österreich, Vorstand Europäisches Bodenbündnis

INFORMIEREN UND KOMMUNIZIEREN

Informieren und kommunizieren sind erste wichtige Schritte, um wertvollen Boden zu erhalten. Dabei besteht die große Herausforderung, teilweise gegen die Alltagserfahrung der Beteiligten argumentieren zu müssen. Der Wert von Flächen steigt heute im Allgemeinen dann, wenn sie verbaut werden (dürfen). Dass Flächen auch einen Wert haben, der sich nicht im Preis niederschlägt, muss im Bewusstsein aller Akteure verankert werden. Das ist ein langfristiger Prozess. Kommunikation ist daher dauerhaft anzulegen. Die Botschaft muss mit unterschiedlichen Beispielen und verschiedenen Argumenten wiederholt werden, sie muss sickern können. Und sie muss emotional besetzt sein. Bewusstseins- und Verhaltensänderung sind nicht nur Kopfsache.

Das heißt aber nicht, dass informieren und kommunizieren „aus dem Bauch heraus" geschehen kann. Das Gegenteil ist der Fall: Im Hintergrund braucht es profundes Wissen, über den Boden im Allgemeinen, über Handlungsfelder und Zusammenhänge sowie über Zielgruppen und wie diese am besten erreicht werden können.

Bodenschutz ist in der Praxis meist ein politisch heikles Thema. Oft stehen Entscheidungen für den Gemeinnutzen handfesten ökonomischen Interessen von Einzelnen oder Gruppen entgegen. Mit der allgemeinen Themen-Kommunikation muss bereits vor einem konkreten Konfliktfall angefangen werden. Nur wenn Boden grundsätzlich ein Thema in einer Gemeinde ist, kann im Konfliktfall auf ein grundsätzliches Bekenntnis zum Bodenschutz zurückgegriffen werden.

Zunächst sollte mit dem Aufbau von Wissen und dem Schaffen von Bewusstsein bei Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern sowie bei den so genannten Multiplikatoren (GemeinderätenLehrerInnen, Wirtschaftstreibenden etc.) angefangen werden, also jenen Personen, die Einfluss auf die Meinungsbildung anderer Gemeindebürger haben. Damit wird Bodenschutz im Idealfall zur Angelegenheit von vielen und zum „Selbstläufer" in der Gemeinde.

Überregionale Initiativen können einen Anknüpfungspunkt und ersten Einstieg in den Bewusstseinsbildungsprozess bieten. Man muss nicht immer das Rad neu erfinden, bewährte Kampagnen und Initiativen geben wichtige Impulse und manchmal lassen sich damit „unnötige Kilometer" oder Rückschläge vermeiden.

Welchen Stellenwert hat Bodenschutz derzeit in der Gemeinde?

Welches Wissen zum Bodenschutz ist in der Gemeinde vorhanden?

Wer oder welche Gruppen können Verbündete sein? Was brauchen sie für ihre Kommunikation?

Wer sind die Zielgruppen, die noch überzeugt werden müssen?

Welche Argumente sind für die jeweilige Zielgruppe die überzeugendsten?

Mit welchen Mitteln können die Zielgruppen am besten erreicht werden?

Entscheidungsträger fortbilden

Bevor die Gemeindebürgerinnen und -bürger in der gesamten Breite erreicht werden können, sollte das entsprechende Bewusstsein und Wissen bei Entscheidungsträgern und MultiplikatorInnen vorhanden sein. Es liegt an ihnen selbst, sich zu informieren. Jede Bürgermeisterin, jeder Gemeinderat und jede Lehrerin, jeder Wirtschaftsvertreter kann sich mit einer kleinen Internetrecherche einen ersten Einstieg in das Thema verschaffen. Auf diesem Weg lassen sich auch Handlungsfelder finden, in denen mit einfachen Mitteln viel bewegt werden kann. Zudem stößt man dabei auf Namen von ExpertInnen und Gleichgesinnten. Kontakte aufzubauen, sich zu vernetzen und Verbündete zu finden, sind wichtige Schritte, in das Thema einzutauchen. Zahlreiche Bodenpioniere sind auch gerne zu persönlichen Gesprächen bereit und durch die Erfahrung anderer lässt sich viel lernen. Gelungene, aber auch gescheiterte Projekte können ein wichtiger Erfahrungsschatz sein. Man muss ja nicht alle Fehler selbst machen! Auch bei einschlägigen Veranstaltungen und Konferenzen können sich Interessierte mit ExpertInnen austauschen und aufschlussreiche Einsichten und Fakten für die eigene Arbeit mit nach Hause nehmen.

Interessieren sich in einer Gemeinde mehrere Entscheidungsträger aus ähnlichen oder unterschiedlichen Bereichen für das Thema Boden, bereichert ein regelmäßiger Austausch oft die Arbeit jedes Einzelnen, zeigt unterschiedliche Zugänge und Herausforderungen auf. Mitunter hilft auch ein Blick von außen und man sieht seine eigene Arbeit aus anderer Perspektive und findet gemeinsam Lösungen, die für alle passen. Flächenmanagement und Bodenschutz sind offene Lernprozesse. Neuerungen und innovative Ideen entstehen laufend. Dran bleiben ist die Devise!

Angewandte wissenschaftliche Forschung hilft, die thematischen Brennpunkte in einer Gemeinde zu identifizieren oder durchgeführte Projekte zu evaluieren und daraus zu lernen. Der analytische Blick von außen kann auch durch studentische Arbeiten erfolgen und ist dann auch für kleinere Gemeinden leichter zu finanzieren.

Ein nach außen hin sichtbares Bekenntnis einer Gemeinde zum Bodenschutz ist ein Kommunaler Bodenbeauftragter. Sie oder er steht als Ansprechpartner für Fragen rund um den Bodenschutz zur Verfügung und kann durch ständige Kontaktpflege im Netzwerk und eine wiederkehrende Beschäftigung inhaltlich immer am Puls der Zeit bleiben und einen Überblick über neue Regelungen und Erkenntnisse sowie über innovative Instrumente behalten.

Was kann ich tun?

Fachwissen und Handlungskompetenz in die Gemeinde holen

Wissenschaftliche Arbeiten zu Bodenschutz oder Herausforderungen in der Gemeinde beauftragen oder unterstützen, z. B. über das kostenlose Masterarbeitenportal des Ökosozialen Studierendenforums: **www.oessfo.at**

Die Bodenplattform als umfassende Drehscheibe für Fachunterlagen, Lernbehelfe, Filme und Veranstaltungen nützen. www.bodeninfo.net

Bestellung eines Kommunalen Bodenbeauftragten

© Klimabündnis Österreich

SO KANN'S GEHEN:

LEHRGANG ZUR/ZUM KOMMUNALEN RAUMPLANUNGS- & BODENBEAUFTRAGTEN

Österreichweit

Bereits sieben Mal fand der Raumplanungs- & Bodenlehrgang statt, insgesamt gibt es 121 AbsolventInnen aus allen Bundesländern. Das große Interesse am Angebot des Klimabündnisses zeigt, dass bodensparende Raumplanung ein immer größeres Anliegen in Gemeinden wird, nicht zuletzt aufgrund der Kostenexplosion durch Zersiedelung. Hochkarätige ReferentInnen vermitteln an vier Tagen durch umfassende theoretische Grundlagen und praktische Lösungsansätze die erforderliche Handlungskompetenz.

Nähere Informationen unter
www.klimabuendnis.at

Der Lehrgang ist in meiner Funktion als Gemeinderätin und im Gemeindevorstand, zuständig im Wirtschafts- und Bauausschuss, sehr empfehlenswert zu besuchen. Ebenso zu meiner Ausbildung als ImmobilientreuhänderIn halte ich diesen für einen absoluten Pflichtbesuch und kann ihn wirklich nur jedem in der Branche raten.

© Carmen Thaler

Daher empfehle ich auch hier jeder Gemeinde mit Bauamt bzw. jedem Bauamtsleiter, diesen Kurs in Anspruch zu nehmen. Die Bewusstseinsbildung zur Raumordnung sollte am Anfang stehen und nicht am Schluss. Das, was wir heute planen, hat enorme Auswirkungen auf die nächsten Generationen. „Was und welchen Lebensraum hinterlassen wir unseren Kindern?" Diese einzige Frage sollten wir uns stellen! Die Themen Landraub und Raubbau zu intensivieren, obgleich mit Vorträgen beispielsweise am WIFI oder innerhalb einzelner Gemeinden, wäre mir ein großes Anliegen. Ebenso wichtig ist ein stärkeres Verständnis für die Landwirtschaft und ökologische Aspekte.

Carmen Thaler, Gemeinderätin und Mitglied des Gemeindevorstands von Reisseck (Kärnten)

Wissen vermitteln, Bewusstsein schaffen & richtig kommunizieren

Wissenserwerb der EntscheidungsträgerInnen multipliziert sich im Idealfall, wenn sie ihr erworbenes Wissen an andere GemeindebürgerInnen weitergeben. Durch diesen Schneeballeffekt entsteht eine kritische Masse in der Bevölkerung, wodurch die notwendige Akzeptanz für bodensparende Maßnahmen gefördert werden kann. Menschen lernen am besten, wenn sie einen emotionalen Zugang zu einem Thema finden, also wenn sie verstehen, was Bodenschutz mit ihnen und ihrer Familie zu tun hat. So werden aus Interessierten Betroffene.

Bei der Wahl der Informationskanäle sind je nach Zielgruppe unterschiedliche Instrumente sinnvoll. Schon Kindergartenkindern kann ein sinnlicher und spielerischer Zugang zu Boden die Überzeugung vermitteln, dass Boden mehr als Dreck ist. Wenn SchülerInnen nicht nur im Unterricht, sondern auch bei der Neugestaltung des Schulhofes die negativen Effekte von Versiegelungen und Alternativen erarbeiten, machen sie wichtige Erfahrungen. Und was Kinder mit Begeisterung lernen, tragen sie nach Hause zu ihren Familien. Verschiedene Angebote der Erwachsenenbildung wie Seminare, Workshops, Open-Space-Veranstaltungen machen interessierte BürgerInnen auf Bodenfunktionen aufmerksam und sensibilisieren für Bodenverluste.

Gut aufbereitete Kampagnen und Publikationen, ob gedruckte Broschüren, Plakate oder Internetportale, unterstützen die Meinungsbildung der Bevölkerung und schaffen Problembewusstsein. Bei der Konzeption solcher Aktionen mangelt es normalerweise nicht an grundsätzlich vorhandenem Wissen, wohl besteht aber ein Mangel an gut gemachter Kommunikation. Gute Kommunikation baut intern auf einer umfassenden Faktenlage auf, beschränkt sich aber nach außen auf wenige Kernbotschaften und ist leicht verständlich. Oft tun sich die Verantwortlichen schwer, sich auf wenige Argumente oder Botschaften zu beschränken. Doch genau das ist notwendig. Eine genaue Definition der Zielgruppe ist eine Grundbedingung dafür. Eine zu allgemeine Information ist oft ein Hinweis darauf, dass die Zielgruppe zu breit definiert wurde. Auch hier gilt: Weniger ist mehr. Gute Kommunikation überzeugt durch Praxisbeispiele und setzt in der Vermittlung auf anerkannte regionale Persönlichkeiten. Über eine gute Kampagne „spricht man“, witzige und provokante Slogans erregen.

Was kann ich tun?

Teilnahme an Wettbewerben und Initiierung von Ausschreibungen für Bodenschutzprojekte, z. B. Bodenschutzpreis der Österreichischen Hagelversicherung

Schulwettbewerbe wie das Land Salzburg organisieren: www.salzburg.gv.at/agrarwald_/Seiten/bodenbewusstseinsbildung.aspx

Mit „Bodenschutz.com [Komm] - mach mit!“ und „Boden macht Schule“ eine fachlich fundierte Ergänzung zum Unterricht in Schulklassen und Kindergärten holen. Im Rahmen von Workshops können die Kinder Boden mit allen Sinnen erfahren und finden spielerisch den Zugang zum Thema Bodenschutz: bodenschutz.wordpress.com

Eigene Aktionen im Rahmen der Aktionstage Nachhaltigkeit durchführen oder andere Aktionen unterstützen. Ideen zur Durchführung finden sich auf: www.nachhaltigesoesterreich.at

SO KANN'S GEHEN:

BODEN MACHT SCHULE

Österreichweit

Es gibt viele gute Gründe, um sich an der Schule mit dem Thema Boden auseinanderzusetzen: Böden sind nicht nur die „lebende Haut“ unserer Erde, sondern bilden auch die Lebensgrundlage für Menschen und Lebensraum für Pflanzen und Tiere. Im Rahmen des Projekts „Boden macht Schule“ wurden von der österreichischen bodenkundlichen Gesellschaft Bodenworkshops entwickelt, in denen die SchülerInnen die wichtigen Aufgaben von Böden nicht nur erlernen, sondern selbst erforschen können. Beim „Bodenwühlen“ gehören das Testen und Erfühlen verschiedener Bodeneigenschaften anhand von frischem Bodenmaterial deshalb ebenso dazu wie das Anschauen und Bestimmen von Bodentieren mit Lupen und Mikroskopen. Es braucht Mut und Behutsamkeit, um in die „Blackbox“ zu greifen und organische wie anorganische Bodenbestandteile zu erspüren, aber nicht zu sehen. Zum Abschluss wird noch einmal thematisiert, was jede und jeder einzelne von uns zum Bodenschutz beitragen kann.

Die Vermittlung durch ExpertInnen aus dem Umweltbundesamt, BOKU, AGES und BFW stellt dabei sicher, dass den SchülerInnen auf spielerische Weise profundes Wissen zu Böden vermittelt wird.

Nähere Informationen unter
www.umweltbundesamt.at/boden_schule/

Das Projekt ‚Boden macht Schule‘ will so den SchülerInnen die zahlreichen Wirkungen und Funktionen des Bodens näherbringen, vor allem aber einen respektvollen und schonenden Umgang mit dieser begrenzten Ressource vermitteln. Wenn das alles auch noch Spaß macht, haben wir unser Ziel erreicht!

Barbara Birli, Koordinatorin von „Boden macht Schule“ am Umweltbundesamt

Beraten

Neben dem Weitergeben von allgemeinen thematischen Informationen spielt beim Bodenschutz die punktgenaue Beratung eine wichtige Rolle. Sind Wirtschaftstreibende, Häuslbauer, Planer oder Architekten durch Informationen oder Kampagnen einmal sensibilisiert, steigt auch die Wahrscheinlichkeit, dass Beratungen nachgefragt werden. Ebenso werden dann Tipps zum Flächensparen und zu einem sorgsamen Umgang mit dem Boden auch in der Praxis eher angenommen. Und Beratungsbedarf gibt es bei zahlreichen Gelegenheiten.

Bei Beratungen gehen eigens geschulte ExpertInnen auf die jeweils individuellen Bedürfnisse jener ein, die die Beratung in Anspruch nehmen. Dabei besteht die Herausforderung zu zeigen, dass Bodenschutzmaßnahmen auch Vorteile für jeden und jede Einzelne bringen. Nachteile und Mehraufwand müssen in Beratung offen angesprochen werden. Gemeinsam sind Lösungen zu erarbeiten, die Bodenschutz und die Ansprüche der Betroffenen in Einklang bringen.

Eine offensive Beratung bei Betriebsansiedelungen kann Alternativen bei der Standortwahl aufzeigen und auch gegebenenfalls Annahmen entkräften, dass flächensparende Varianten ökonomische Nachteile bringen. Oft können Leerstände im Ortskern mit etwas Aufwand adaptiert werden, der sich aufgrund der zentralen Lage mittelfristig amortisiert.

Bodenschutz ist auch zentrale Aufgabe für Landwirte, aber auch für Hobbygärtner. Eine Beratung für diese wichtigen Zielgruppen konzentriert sich auf eine bodenschonende Bewirtschaftung.

Beratungen hinsichtlich der Wahl des Wohnortes können den Blick auf die Wohn- und Fahrtkosten lenken, damit indirekt verkehrsreduzierend wirken und so indirekt flächensparende Impulse liefern. Architekten und Baumeister kommt beim Neu- bzw. Umbau von Wohnraum wie auch bei Betriebsgebäuden eine wichtige Beratungsfunktion zu. Wenn diese ihre Kunden auf bodensparende Alternativen wie beispielsweise Verbundbauweisen aufmerksam machen, kann Versiegelung reduziert und gleichzeitig der Komfort oder der Nutzungswert erhöht werden.

Was kann ich tun?

In Niederösterreich bietet die Aktion Natur im Garten ein Service- und Beratungspaket für die Gestaltung und Pflege von Hausgarten und Gemeindegrün.

Infomaterialien wie den Leitfaden zum Umgang mit Niederschlagswässern aus Gewerbe-, Industrie- und Verkehrsflächen (www.vorarlberg.at/pdf/leitfadenoberflaechenentw.pdf), den Leitfaden für Versicherungselemente auf Privatgrund (images.umweltberatung.at/htm/regenwasserversickerung-ratgeber-wasser.pdf) oder die Broschüre „Reduzierung des Verbrauchs landwirtschaftlicher Böden (www.bmlfuw.gv.at/land/produktion-maerkte/pflanzliche-produktion/boden-duengung.html)

MORECO Checkliste
"Meine eigenen vier Wände" durchstöbern
www.moreco.at

© BSWB

SO KANN'S GEHEN:

BODEN.WASSER.SCHUTZ.BERATUNG

Oberösterreich

Bäuerinnen und Bauern haben durch die Landbewirtschaftung einen großen Einfluss auf die Qualität des Bodens. Deshalb wurde in Oberösterreich eigens eine Beratungs- und Informationsplattform mit Fokus auf Boden- und Gewässerschutz eingerichtet. Dabei werden praktizierende LandwirtInnen in den Arbeitskreisen als Arbeitskreisleiter Innen eingesetzt. Die Themen in den Arbeitskreisen umfassen neben spezifischen Informationen zum Thema Boden- und Gewässerschutz auch Fragen zu optimierter boden- und gewässerschonender Produktionstechnik (Anbau, Düngung, Wirtschaftsdüngermanagement, Pflanzenschutz, Zwischenfruchtbau) und Themen wie z. B. Bodenbearbeitung und Humusaufbau. Derzeit gibt es 54 Arbeitskreise mit über 2.000 Mitgliedern.

Nähere Informationen unter
www.bwsb.at

*Gut versorgter Boden und das hervorragende Wasser bilden die Grundlage für die ertragreiche landwirtschaftliche Produktion in Oberösterreich. Die Bewirtschaftung so zu gestalten, dass Böden und Gewässer geschützt werden und mein landwirtschaftlicher Betrieb dennoch konkurrenzfähig bleibt. Das stellt hohe Anforderungen an mich und meine Berufskollegen. Möglich wird dies durch den bewährt dreistufigen Beratungsansatz: Aufbau und Betreuung eines Netzwerkes durch die **Boden.Wasser.Schutz.Berater** in Zusammenarbeit mit gezielt geschulten **Wasserbauern/Arbeitskreisleitern** als Multiplikatoren, die ihr Wissen an **die Arbeitskreismitglieder Boden.Wasser.Schutz** und Interessierte weitergeben.*

© Matthias Gaißberger

Matthias Gaissberger, Berater für den Bezirk Steyr und Wasserbauer

© Ökoregion_Kaindorf

SO KANN'S GEHEN:

HUMUSAUFBAUPROGRAMM DER ÖKOREGION KAINDORF

Steiermark

Mittlerweile nehmen mehr als 120 Bäuerinnen und Bauern am Humusaufbauprogramm der Ökoregion Kaindorf teil. Dabei werden mehr als 1.300 ha Ackerflächen nachhaltig bewirtschaftet. Durch den Humusaufbau wird CO_2 gebunden und somit das Klima entlastet. Unternehmen können nicht vermeidbar CO_2-Emissionen kompensieren, indem sie sich an dem Zertifikate-Handel beteiligen. Die LandwirtInnen erhalten aus dem Handel 30 Euro pro Tonne nachweislich gebundenes CO_2. Um die Landwirte im Humusaufbau auch mit dem entsprechenden Know-how zu unterstützen, veranstaltet die Ökoregion Kaindorf alljährlich Humusfachtage oder einen monatlichen Stammtisch. Die Ökoregion ist ein überparteilicher Zusammenschluss von drei Gemeinden und wurde 2007 gegründet. Die Umsetzung einer ökologischen Kreislaufwirtschaft ist das Ziel der Ökoregion. Um das zu erreichen, werden zahlreiche Maßnahmen gesetzt.

Nähere Informationen unter
www.oekoregion-kaindorf.at

Oberstes Ziel der Ökoregion Kaindorf ist es, selbst etwas für eine lebenswerte Umwelt im eigenen Verantwortungsbereich zu tun und die Erfahrungen aus den vielen konkreten Projekten weiterzugeben. So haben sich die Region „Westungarn" und die slowenische Region „Ravno Polje" das Handeln der Ökoregion Kaindorf zum Vorbild genommen, um es in ihrem eigenen Lebensraum umzusetzen. Auch mit Vereinen, Institutionen und Firmen werden viele Partnerschaften gelebt. Jede Privatperson und jedes Unternehmen kann demnach den Verein Ökoregion Kaindorf als Mitglied bzw. Partner unterstützen.

© Bernhard Bergmann

Thomas Karner, Geschäftsführer der Ökoregion Kaindorf

KOOPERIEREN

Nicht selten kommt es zwischen Nachbargemeinden zu Konkurrenzsituationen, wenn sich eine Neuansiedelung wie von einem Betrieb oder Einkaufszentrum in der Region ankündigt. Schließlich geht es hier auch um steuerliche Einnahmen. Dies führt häufig zu einem Dumping bei Grundstücks- und Erschließungskosten – was keinem Beteiligten hilft. Klar ist, dass bei vielen Projekten Flächen eine zentrale Rolle spielen. Häufig stellt Kooperation einen Ausweg dar. Schon jetzt erfahren viele Gemeinden den oft auch finanziellen Vorteil bei einem gemeinsamen Vorgehen mit Partnern. Privatwirtschaftliche Instrumente wie die gemeinsame Standortvermarktung, Finanzierungs- oder Unternehmensbeteiligungsmodelle oder abgestimmte Grundstücksbereitstellung können langfristig schädliche Auswirkungen auf betroffene Gemeinden vermeiden. Grob zusammengefasst sind die Vorteile von Kooperationen gegenseitiges Verständnis, Erfahrungsaustausch, stärkere Wirkung der Maßnahmen, Effizienz und auch Kostenersparnis.

Zusammenarbeit findet auf mehreren Ebenen statt und beginnt oft im Kleinen mit den BewohnerInnen einer Gemeinde. Viele von ihnen sind von sich aus aktiv, vielleicht in Vereinen oder Gemeinschaften wie der Kirche. Wenn es um lokale Bedürfnisse geht, sind sie die wichtigsten Ansprechpartner. Aber auch Bürger, die in umliegenden Gemeinden wohnen oder öfters in der Ortschaft verkehren, können miteinbezogen werden. Die Anliegen von angrenzenden Gemeinden zu kennen und die Situation in der Region zu verstehen ist die nächsthöhere Ebene. Auch Wissen von externen ExpertInnen und Stakeholdern kann vor allem bei Planungsprozessen hilfreich sein. Zahlreiche Gemeinden haben von gemeinsamer Standortpolitik über geteilte Verwaltung bis hin zur Organisation des Gemeindehaushalts bereits profitiert. Weil die Gemeinden oft ähnliche Interessen verfolgen, ist es sinnvoll, hier gemeinsame Wege zu gehen, auch wenn es manchmal Konfliktpotenzial birgt. Kooperationen mit Partnergemeinden, mit Ortschaften, die nicht direkt an das Gemeindegebiet angrenzen, bringen Erfahrungsaustausch mit sich. Bei gemeinsamem Vorgehen von öffentlichen und privaten Einrichtungen können Kosten gespart und ein potenzielles Risiko minimiert werden – und das für alle Beteiligten.

Kooperationen im ländlichen Raum werden in Zukunft einen immer höheren Stellenwert haben. Wichtig ist das Verständnis dafür, dass große Herausforderungen oft gemeinsam besser gelöst werden können. Folgende Fragen können Klarheit verschaffen:

Welche BürgerInnen, Unternehmen und Gruppen in meiner Gemeine sind an Formen der Zusammenarbeit interessiert?

Welche Gemeinden in der Umgebung haben ähnliche oder konkurrierende Anliegen?

Aus welchen Gemeinden sind die BügerInnen auch von den Entscheidungen in meiner Gemeinde betroffen?

Welche Gemeinden oder Regionen haben Erfahrungen gemacht, die meiner Gemeinde nützlich sein können?

Wie gelingt es auch mit der Privatwirtschaft zusammenzuarbeiten und welche Anliegen gibt es dabei?

Welches Risiko könnte bei einem Projekt entstehen und wer könnte es mit mir tragen?

Interkommunal zusammenarbeiten

Gemeinsames Vorgehen über die Gemeindegrenzen hinweg ist keine Seltenheit mehr. Es wird für die Region gearbeitet, was gleichzeitig die beteiligten Gemeinden stärkt. Die Zusammenarbeit kann sich unterschiedlich gestalten. Durch die gemeinsame Erfüllung öffentlicher Aufgaben wird die Effizienz gesteigert. Dadurch wird Ressourcenverbrauch vermindert, was einen positiven Effekt auf den Boden hat. Gemeinden haben, was den Flächenbedarf betrifft, sehr unterschiedliche Ausgangssituationen – so sind manche von Zuzug, aber auch von Abwanderung betroffen. Gerade aber das Kennen von „Angebot und Nachfrage“ diesbezüglich kann Synergien zwischen Gemeinden bringen.

Erfolgreiche Beispiele der Standortentwicklung, vor allem bei Betriebsansiedelungen, zeigen, wie die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden kann – und das für die ganze Region. Ein gezieltes Angebot, cleveres Ansiedlungsmanagement von Produktions-, Handels- oder Dienstleistungsbetrieben und andererseits smarte Planung für Wohn- und Erholungsraum können willkürlicher Ansiedelung entgegenwirken. Betriebe anzusiedeln, die entlang der Wertschöpfungskette miteinander verbunden sind, ist in Österreich gängige Praxis. Kurze Wege sprechen für weniger Flächeninanspruchnahme. Auch bei der Energieversorgung, der Verwaltung oder Beschaffung gibt es gemeinsame Lösungen, wie Ressourcenverbrauch reduziert werden kann.

Erfolgsfaktor für eine gelungene Zusammenarbeit sind gemeinsame Spielregeln. Oft gibt es Interessenkonflikte und manche Parteien fühlen sich in solchen Prozessen benachteiligt. Deshalb steht Transparenz und Kommunikation an oberster Stelle. Ein Vorteil ist der Erfahrungsaustausch. Nach dem Motto „lernen von anderen“ können Probleme, die dem „Gegenüber“ vielleicht bereits bekannt sind, im Vorfeld erkannt und somit vermieden werden.

Auch für den Gemeindehaushalt spielen Kooperationen eine große Rolle. Letztlich spekulieren manche Wirtschaftstreibende bei Neuansiedelungen, dass sie durch den Standortwettbewerb profitieren können, weil welche Gemeinde möchte denn nicht einen starken Wirtschaftspartner beheimaten. Eine gegenseitige Unterbietung ist keine geeignete Strategie. Eine dauerhaft hohe Lebensqualität in der Region muss mit einem nachhaltigen Flächenmanagement abgesichert sein. Im Wesentlichen gilt es, Flächen, Standorte und Potenziale zu identifizieren und deren Nutzung in eine gemeinsame Strategie zu integrieren, damit z. B. agrarische Flächen geschützt werden oder das Landschafts- und Ortsbild erhalten bleiben.

Was kann ich tun?

In sich schlüssige Leitpläne auf lokaler und regionaler Ebene entwickeln, vor allem was zukünftige Ansiedelungen betrifft

Ein Erfolgsbeispiel ist der interkommunale Steuerausgleich, der eine Neuaufteilung von kommunalen Steuereinnahmen bedeutet

So machen Verwaltungskooperationen Sinn. Alleine auf der Plattform www.verwaltungkooperation.at gibt es rund 170 österreichische Beispiele

Überörtliche Grünzonen, Siedlungszonen oder gemeindeübergreifende Widmungen und die Planung und Errichtung von Infrastruktur für beispielsweise ein Gewerbegebiet sind weitere Beispiele

© Inkoba Region Freistadt

SO KANN'S GEHEN:

INKOBA REGION FREISTADT

Oberösterreich

Lärmende Baumaschinen, großflächige Tunnelöffnungen und Brückenbauwerke – Begleiterscheinungen beim Bau der Mühlviertler Schnellstraße S 10, die den Gemeindeverband des Bezirks Freistadt aktiv werden ließ. Wie sich die S 10 auf die Qualität und Verfügbarkeit von Flächen sowie auf die Attraktivität für Unternehmen auswirken könnte, waren nur einige der Fragen.

Speziell die Gemeinden an der hochrangigen Verkehrsachse erkannten, dass durch die großen Veränderungen in ihrer unmittelbaren Umgebung gemeinsames Handeln gefragt war. Die INKOBA Region Freistadt entschied, dass diese Gemeinden gemeinsam einen Masterplan erstellen. Im Zuge dessen wurde das „Interkommunales Raumentwicklungskonzept Achse S 10“ erarbeitet.

Über zehn Jahre Erfahrung in der interkommunalen Zusammenarbeit sowie die Unterstützung des Landes OÖ und des beauftragten Projektteams ermöglichten es, gemeinsame Spielregeln für künftige Entscheidungen zu entwerfen und einen Raumordnungsrahmenplan mit strategischen Festlegungen zu den S 10-Knoten und Standortpotenzialen zu entwickeln.

Nähere Informationen unter
www.freistadt.inkoba.at

Die Interkommunale Betriebsansiedlung (INKOBA) in der Region Freistadt hat sich seit 2003 als Erfolgsprojekt entwickelt. Wir haben zwölf Unternehmen mit über 500 Mitarbeitern erfolgreich angesiedelt. Zukunftsfragen der Betriebsansiedlung, besonders im Hinblick auf die S 10 Mühlviertler Schnellstraße, werden über die Gemeindegrenzen hinweg diskutiert. Die gemeinsam definierten Entwicklungsschwerpunkte helfen uns einerseits zielgerichtetes Standortmarketing zu betreiben und andererseits marktgerecht auf Investorenanfragen zu reagieren. Die Konzentration auf wenige hochwertige Standorte ist wesentlich für den sparsamen Umgang mit der Ressource Boden, daher auch mir als Landwirt sehr wichtig.

© Rainbach

Friedrich Stockinger, Obmann Inkoba Region Freistadt und Bürgermeister von Rainbach im Mühlkreis

Öffentlich-private Partnerschaft

Die Zusammenarbeit von öffentlichen Stellen mit der Privatwirtschaft ist in Österreich teilweise gelebte Tradition und hat viele Projekte mit kleiner bis großer Reichweite wie beispielsweise den Softwarepark Hagenberg ermöglicht. Häufige Kooperationen betreffen die Errichtung bzw. auch den Betrieb von Infrastruktureinrichtungen wie für den Verkehr, den kommunalen Wohnungsbau oder die Wasserversorgung, aber auch Mülldeponien. Wenn beispielsweise ein gemeinsames Gewerbegebiet entsteht, können durchaus bodenschützende und flächensparende Interessen von Seiten der Gemeinde miteingebracht werden.

Klar ist, dass eine Zusammenarbeit auch immer einen Kompromiss bedeutet, es ist quasi ein Aufeinander-Zugehen. Eine bodenverträgliche Prüfung von Seiten der Gemeinde hat hier aus ökosozialer Sicht ebenso eine Berechtigung wie ökonomische Interessen, um die langfristigen Ziele der Ortsentwicklung zu erreichen. Das muss nicht prinzipiell den Anforderungen von Betrieben widersprechen. In der Steiermark gibt es beispielsweise den Holzcluster, welcher versucht, die räumlichen Distanzen entlang der Wertschöpfungskette kurz zu halten. Unterschiedliche Arbeitsvorgänge liegen nah beieinander. So etwas reduziert natürlich den Bedarf an Logistikflächen und Erschließungskosten sowie die laufende Instandhaltung dieser. Auch bei der Nutzung von Brachflächen sind öffentlich-private Zusammenschlüsse interessant. So können Strategien und Konzepte für alte Standorte entwickelt werden. Bei größeren Vorhaben sind jedenfalls die umliegenden und betroffenen Gemeinden einzubinden, denn für diese sind oftmals die Auswirkungen spürbar.

Die Vorteile von Zusammenarbeit sind bereits bekannt, das reicht von vermindertem Risiko, Kostenersparnis über Austausch von Erfahrungen und Synergien. Eine Entlastung des Gemeindehaushaltes kann durch gezielte Projekte herbeigeführt werden, wenn es beispielsweise um die Realisierung öffentlicher Bauvorhaben geht. Außerdem können Konflikte, die eventuell durch konkurrierende Nutzung von Flächen entstehen, im Vorhinein von den GemeindevertreterInnen oder Beteiligten identifiziert und durch Lösungsansätze vermieden werden.

Was kann ich tun?

Stakeholder in der Gemeinde und der Region identifizieren und Bedürfnisse sowie Interessen erheben

Partner für innovative Finanzierungslösungen ansprechen

Auf Fachwissen und Erfahrungen der Ortsbewohner, Betriebe und weiterer Stakeholder zurückgreifen, Austausch anregen und Betroffene einladen

Öffentliche Veranstaltung zu Projektbeginn oder runden Tisch organisieren

© Stadtgemeinde Lienz

SO KANN'S GEHEN:

KOMPOSTIERANLAGE LIENZ

Tirol

Die Kompostieranlage der Stadtgemeinde Lienz wird als Public-private-Partnership geführt. Die Stadtgemeinde als öffentliche Gebietskörperschaft ist für die Sammlung, Übernahmekontrolle, Dokumentation der Prozessabläufe sowie die Verwendung der Kompsterde zuständig. Alle mechanischen Arbeiten im Zuge des Kompostierprozesses – beginnend mit dem Aufsetzen der Kompostmieten bis hin zum regelmäßigen Wenden, dem Umbau der Mieten und dem Absieben von Störstoffen – werden von der Firma Gumpitsch in Lohnarbeit ausgeführt. Neben der kontinuierlichen Qualitätssicherung im Zuge der Anlieferung wird von der ARGE Kompost (Probenziehung) und der Chemisch-technischen Umweltschutzanstalt (CTUA) des Landes Tirol ein analytisches Proben- und Qualitätssicherungssystem gewährleistet.

Pro Jahr werden in der Kompostieranlage Lienz etwa 2.600 Tonnen Küchen-, Grün- und Gartenabfälle zu wertvoller Komposterde verarbeitet. 700 Tonnen hochwertige Komposterde der Qualitätsstufe A+ stehen dann dem regionalen Wirtschaftskreislauf wieder zur Verfügung. Sie wird in Kleinmengen an Haus- und GartenbesitzerInnen abgegeben, aber auch in der Landschaftsgestaltung und Landwirtschaft zur Bodenverbesserung eingesetzt.

An die Kompostieranlage der Stadtgemeinde Lienz sind zwanzig Gemeinden des Bezirkes Lienz/Osttirol durch die Anlieferung von Bioabfällen angeschlossen.

Nähere Informationen unter
www.lienz.gv.at

Mit der Inbetriebnahme der Kompostieranlage der Stadtgemeinde Lienz ist es uns gelungen, die Restmüllmengen in der Stadt um rund 900 Tonnen pro Jahr zu reduzieren. Zugleich konnten durch die geregelte Übernahme und Verarbeitung von Grünabfällen illegale Ablagerungen entlang von Flüssen sowie das Verbrennen von Gartenabfällen in den Hausgärten fast gänzlich eingestellt werden. Mit der Entscheidung, den Kompostierprozess mit einer sehr naturnahen Mietenkompostierung durchzuführen, ist es sowohl aus ökonomischer wie auch aus ökologischer Sicht sehr effektiv gelungen, die organischen Abfallfraktionen zu wertvoller Komposterde zu verarbeiten und in der Bodenverbesserung sowie im Humusaufbau regionalökologische Kreisläufe zu bilden. Besonders freuen wir uns über die hohe Akzeptanz und Beteiligung der BürgerInnen und das anhaltende Interesse an der getrennten Bioabfallsammlung der Stadt Lienz.

© Profer&Partner

Oskar Januschke, Abteilungsleiter Stadtmarketing Lienz und Abteilungsleiter Umwelt und Zivilschutz der Stadt Lienz

Aktive Beteiligung fördern

Dass die Akzeptanz bei Maßnahmen und die Sensibilisierung für Bodenschutz Grundlage für das Gelingen von Projekten ist, wurde bereits erläutert. Viele flächenbezogene Projekte beeinflussen nämlich Wohn-, Arbeits- oder Lebensumfeld der Bewohner. Klar ist auch, dass flächensparende Maßnahmen nicht immer den Zuspruch der Bevölkerung genießen, weil mit diesen auch oft eine Begrenzung einhergeht. Meist ist es sinnvoll, über die reine Informationsvermittlung und Bewusstseinsbildung hinauszugehen. Die aktive Beteiligung geht einen Schritt weiter und das macht das Ergebnis meist besser. Denn in den BewohnerInnen der Gemeinde schlummert oft Potenzial, das die Ortsentwicklung positiv beeinflusst. Der Antrieb und die Motivation der BürgerInnen können Berge versetzen. Manche BewohnerInnen stechen vor allem durch Kreativität, aber auch Fachwissen und Erfahrungswerte, welche in den Prozess miteinfließen können, hervor.

Viele Gemeinden setzen bereits auf Instrumente der Bürgerbeteiligung, das reicht von Anhörungen bis hin zu Zukunftskonferenzen, die auf die langfristige Entwicklung des Orts abzielen. In der Zusammenarbeit mit Stakeholdern wie Vereinen oder auch externen BürgerInnen, die beispielsweise durch die Gemeinde pendeln, kann auf die Bedürfnisse dieser eingegangen werden. Oft ist es sinnvoll, diese Prozesse von externen Profis leiten zu lassen. Dies verursacht zwar Kosten, beschleunigt aber in der Regel die Akzeptanz von Prozessen.

Vereine wie die Landjugend können aktiv in gestalterische Maßnahmen integriert werden und Dorferneuerungsvereine einen Beitrag zur Ortsbildgestaltung leisten. Auf die Bedürfnisse von Vereinen sollte für eine intakte soziale Interaktion in der Gemeinde eingegangen werden. Vor allem durch vielfältige Meinungen werden Aspekte aufgezeigt, die vielleicht vorab nicht berücksichtigt wurden.

Was kann ich tun?

Überblick über Instrumente der Bürgerbeteiligung (Kreativ-Workshops, Arbeitsgruppen oder Open-Space-Methoden) verschaffen

Befragungen per Postsendung durchführen, Ideenwettbewerbe organisieren oder Ideenbox im Gemeindeamt aufstellen

Vereine bei der Durchführung von bodenschutzspezifischen Maßnahmen unterstützen

Kartei für engagierte BewohnerInnen oder Vereine anlegen und auf Fachwissen und Erfahrungen der Ortsbewohner zurückgreifen

Über Medien wie das Gemeindeblatt oder die Gemeindehomepage informieren

SO KANN'S GEHEN:

reSTORE FELDKIRCHEN be LEBT

Kärnten

reSTORE wurde von zwei Studentinnen der FH Kärnten im Rahmen ihres Masterstudiums ins Leben gerufen, um die Feldkirchner Innenstadt durch die Nutzung leerstehender Räumlichkeiten nachhaltig zu beleben. Einem Monat an Aktivierung und Kommunikation folgten eine eintägige Ideenwerkstatt und dann eine intensive Arbeitsphase. Die Studentinnen wollten möglichst viele Interessengruppen einbinden. Ein BürgerInnen-Beteiligungsprozess führte dazu, dass sich die meisten Betroffenen mit den gemeinsam entwickelten innovativen Lösungen identifizieren. Ein wesentliches Ergebnis ist der KunstRaum Feldkirchen, – eine Plattform zur Förderung der Kunst und Kultur durch den Betrieb einer offenen Kreativwerkstatt – bei dessen Konzipierung und Umsetzung die BürgerInnen von den Projektinitiatorinnen begleitet wurden und auch heute noch – über deren Studium hinaus – weiterhin unterstützt werden.

Nähere Informationen unter
www.facebook.com/restorefeldkirchen

Aktive Beteiligung setzt die Möglichkeit zur aktiven Beteiligung voraus. Unter dem Deckmantel der Partizipation finden oft reine Abstimmungsverfahren zu vorgegebenen Thematiken statt, die eher zur Gewissensberuhigung als zu nachhaltigen Lösungen führen. Denn tatsächliche Partizipation bzw. aktive Beteiligung ist zeitintensiv und manchmal auch unbequem, sollen doch möglichst viele Interessen berücksichtigt werden. Der klare Vorteil: Wer sich gemeinschaftlich aktiv beteiligt, erlebt Selbstwirksamkeit sowie Zugehörigkeit und identifiziert sich dadurch nachhaltig mit entwickelten Lösungen.

© doris rottermanner lisa fian

Doris Rottermanner & Lisa Fian, Studentinnen und Gründerinnen von reSTORE

© doris rottermanner lisa fian

© shutterstock.com/ Mooshny

Was kann ich tun?

Den Bestand an Leerständen, Brachflächen und Baulücken erheben und systematisch erfassen (z. B. Leerstandserhebung, Baulückenkataster)

Pilotprojekte wie „Aktives Flächenmanagement für eine nachhaltige Gemeindeentwicklung“ studieren www.raumordnung-noe.at

Plattformen wie www.freielokale.at der Wirtschaftskammer Wien nutzen bzw. einrichten, die Informationen zu Leerstand bieten

Landwirtschaftliche Vorrangflächen auf besonders hochwertigen Agrarstandorten ausweisen (z. B. wie in der Steiermark)

Instrumente wie das Niederösterreichische Leerflächeninformationssystem LIS nutzen. Nähere Informationen unter www.leerflächen.at

Bewusst Erholungsraum und Ausgleichsflächen freihalten, um ein attraktives Lebensumfeld für die Bevölkerung und Pufferzonen für natürliche Prozesse zu schaffen, z. B. als Grüngürtel, Park oder Schutzzone

Vorhandene Daten nutzen, um wertvolle Flächen zu schützen (z. B. landwirtschaftliche Bodenkartierung und Bodenschätzung als Grundlage für die Bodenfunktionsbewertung)

Kosten für Erschließung sowie Errichtung und Erhalt von Infrastruktur in der Planung ermitteln und vergleichen, z. B. mittels Infrastrukturkostenkalkulator (wie in NÖ)

PLANUNG OPTIMIEREN

Die Planung eines Prozesses oder eines Projekts entscheidet oft über Gelingen oder Scheitern. Zu Beginn sind folgende Fragen zu beantworten:

- Welche Grundlagen für meine Planung habe ich?
- Wie setze ich mir die Ziele?
- Welche Möglichkeiten und Instrumente habe ich, um meine Ziele zu erreichen?
- Wen binde ich in den Prozess ein?

Beginnend bei einer Analyse der Ausgangssituation ist es wichtig, realistische Ziele zu setzen. Im weiteren Schritt geht es darum, die richtigen Werkzeuge einzusetzen. Wie so oft treffen vor allem bei flächenbezogenen Projekten unterschiedliche Interessen aufeinander. Das macht die Entscheidungsfindung nicht einfach, hilft jedoch, eine breite Palette an Zugängen zum Projekt zu erhalten. Ein transparent gestalteter Prozess, der auf den Bedürfnissen der Betroffenen aufbaut, hilft nicht nur beim Treffen von Entscheidungen, sondern bringt auch Verständnis aller Beteiligten.

Der Erfahrungshintergrund der Betroffenen spielt hier eine wichtige Rolle. Das bedeutet welche Erfahrungen schon bei flächensparenden Maßnahmen in der Gemeinde gemacht wurden und wie die Menschen in der Gemeinde zu dem Thema stehen. Darauf aufbauend sind die Merkmale der Gemeinde hinsichtlich baulicher und siedlungsstruktureller Dimension zu erfassen: Wofür werden die Flächen in der Gemeinde in Anspruch genommen? Welche Bedürfnisse zur Nutzung gibt es? Welche Vorstellungen und welche Widerstände und Bedenken kann es beim Projekt geben? Kluge Planung bedeutet auch, sich potenziellen Sorgen zu widmen.

Auf lokaler Ebene gibt es wesentliche Steuerungsinstrumente, die die kurz-, mittel- und langfristige Entwicklung einer Gemeinde vorgeben und konkretisieren. Diese sind die Richtungsweiser der örtlichen Entwicklung und können verbindlichen oder unverbindlichen Charakter haben. So kann die Gemeinde direkte Maßnahmen im Sinne des Bodenschutzes setzen.

Der Örtlichen Raumplanung stehen mit dem Flächenwidmungsplan und dem Bebauungsplan wichtige Instrumente zur Verfügung, um die Inanspruchnahme von Flächen zu lenken. Als Grundlage dafür sehen die landesweiten Raumordnungsgesetze Konzepte vor, die Leitlinien für die langfristige Gemeindeentwicklung definieren, nämlich das Örtliche Entwicklungs- oder Raumordnungskonzept bzw. Räumliche Entwicklungskonzept. Vor allem in diesen können bodensparende Maßnahmen verankert werden.

Abgesehen von diesen drei zentralen Instrumenten gibt es noch viele andere Werkzeuge, die zur Umsetzung, aber auch zur Verbesserung der Planungsgrundlage verwendet werden können. Beispiele dafür sind Leerstandsvermittlung, Gemeindezukunftsfonds, Vertragsraumordnung oder ein Widmungsabtausch. Klare Ziele wie der Erhalt des Orts- und Siedlungsbildes, das Schaffen von leistbarem und attraktivem Wohnen, die Reduzierung von Zwangsmobilität durch zentrumsnahe Arbeitsplätze und lokale Daseinsvorsorge sowie der Erhalt von Freiflächen müssen klar kommuniziert werden, damit die Werkzeuge greifen. Auch Information und Kommunikation sind dabei bedeutende Instrumente.

Lokale Raumordnungsinstrumente

Die örtliche Raumplanung liegt laut österreichischer Bundesverfassung direkt im Wirkungsbereich der Gemeinden. Jeder Gemeinderat hat Instrumente in der Hand, die ihm eine aktive Steuerung erlauben. Dazu gehören das örtliche Entwicklungskonzept (auch örtliches Raumordnungsprogramm), der Flächenwidmungsplan sowie der Bebauungsplan. In ihnen soll eine bodensparende Nutzung festgeschrieben werden und in der Folge ist dann konsequent auf die widmungsgemäße Verwendung der Flächen zu schauen.

Das örtliche Entwicklungskonzept ist langfristig angelegt und und gibt, aufbauend auf einer Bestandsanalyse, die langfristige Entwicklung der Gemeinde vor. Ein Bekenntnis zum Flächensparen kann hier eine Entwicklung vorzeichnen, die wertvolle Böden schützen hilft.

Der Flächenwidmungsplan wird oft als wichtigstes Instrument der kommunalen Raumordnung gesehen. Er unterteilt das gesamte Gemeindegebiet parzellenscharf in Widmungskategorien und legt damit die Nutzungsmöglichkeiten für jedes Grundstück fest. Durch eine vorausschauende Zonierung von Bauland, Verkehrsflächen und Grünland sollen wechselseitige Beeinträchtigungen vermieden werden. Ein sparsamer Umgang mit Baulandwidmungen oder die Reduktion von Baulandüberhang bzw. -reserven sind nachhaltige Ansätze. In Oberösterreich werden beispielsweise durch Widmungskategorien Zweitwohnsitze begrenzt.

Auf Basis des Flächenwidmungsplanes kann der Gemeinderat für den gesamten Ort oder ausgewählte Bereiche einen Bebauungsplan verordnen. Dieser regelt im Detail, wie ein Grundstück bebaut werden darf: von der Anordnung der Gebäude und der Bebauungsdichte bis hin zu Bauhöhe und Baufluchtlinien. Zusätzlich können auch Angaben bezüglich Abstellanlagen für Kraftfahrzeuge, Wege oder Schutzzonen enthalten sein. Punkte wie die Freihaltung von Bebauung gewisser Flächen oder die Gestaltung von Baufluchtlinien bzw. Baugrenzlinien sind kleine, aber wichtige kleine Stellschrauben.

Darüber hinaus können in privatwirtschaftlichen Maßnahmen wie Verträgen, den Grundstückskäufern Kriterien für eine weitere Veräußerung oder Bebauung vorgeschrieben werden. Widmungsgemäße Verwendung und Baulandmobilisierung werden dabei angestrebt. Zudem kann eine Vielzahl an weiteren Instrumenten wie verschiedene Finanzierungsmodelle oder eine abgestimmte Grundstücksbereitstellung genutzt werden. Die Maßnahmen reichen von Verboten wie Bausperren über Anreizgestaltung wie die Teilrückerstattung von Abbruchkosten eines Altbaus oder Kostenübernahme bei Bauvorhaben bis hin zur Vertragsraumordnung.

Was kann ich tun?

Nachhaltige Kriterien und flächensparende Maßnahmen im örtlichen Entwicklungskonzept vorsehen

Im Flächenwidmungsplan soll eine wirtschaftlich vernünftige Versorgung mit Angeboten des Öffentlichen Verkehrs mitgedacht werden

Verdichtete Bauweise durch den Bebauungsplan fördern

Förderungen von Flächenrecycling (Übernahme Abbruchkosten etc.)

In Planungsverbänden (z. B. in Tirol) oder regionalen Zusammenschlüssen mitwirken

© stadtland

SO KANN'S GEHEN:

REGIONALE LEITPLANUNG MÖDLING

Niederösterreich

Der Bezirk Mödling ist einer der dynamischsten Wirtschaftsräume Österreichs und ein attraktiver und begehrter Wohnstandort. Damit die hohe Lebensqualität auch künftig gesichert werden kann, wollen die Gemeinden des Bezirks auch im Bereich der Raumordnung zusammenarbeiten. Zukunftsaufgaben, wie die Verringerung der hohen Verkehrsbelastung, Flächensparen oder die Vernetzung von Grün- und Freiräumen, sind nur mit einer gemeinsamen Zukunftsperspektive und in gegenseitiger Abstimmung zu lösen. In der regionalen Leitplanung Mödling erarbeiteten alle 20 Gemeinden des Bezirks mit Unterstützung des Landes Niederösterreich ein gemeinsames Leitbild für die regionale Entwicklung der Region. Mit der Organisation des Prozesses wurde das Stadt Umland Management Wien–Niederösterreich betraut. Der zweijährige Arbeitsprozess zum Regionalen Leitplan wurde zur Plattform für Austausch, Information und Kommunikation zwischen gewählten MandatarInnen der Gemeinden, des Landes und der Nachbarregionen.

Im Leitplan wurden sieben Zielgebiete ausgewiesen, welche sich u. a. mit der Innen- vor Außenentwicklung der Ortskerne, der Um- und Nachnutzung vorhandener Bausubstanz und der koordinierten Entwicklung des Freizeitwegenetzes beschäftigten. Der Leitplan soll vor allem als Leitlinie für politische Beschlüsse der Bezirksgemeinden dienen und so einen Entwicklungsrahmen vorgeben.

Nähere Informationen unter
www.stadt-umland.at

Die Herausforderungen in der Siedlungsentwicklung, bei der Infrastruktur oder in der Grünraumentwicklung nehmen nicht nur zu, auch die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Verflechtungen werden zunehmend komplexer. Gemeinsame Wachstumsstrategien, die Belebung der Ortskerne, Fragen der Mobilität, des Naturraums und der Sicherung der Landwirtschaft sind gerade im dicht besiedelten Ballungsraum von gemeinsamer Relevanz, da gibt es keinen Platz für Kirchturmdenken.

© hanskrist

Martin Schuster, Obmann des Gemeindeverbandes für Abgabeneinhebung und Umweltschutz im Bezirk Mödling und Bürgermeister von Perchtoldsdorf

Planungsgrundlage verbessern und Ziele stecken

Basis jeder Entscheidung ist Information. Ein Projekt, eine Maßnahme oder ein Vorhaben entstehen meist aus einer Idee, aber auch aus einer Not. Ein Ziel wird definiert und rasch gibt es viele Wege, dieses zu erreichen. Ob die gefundenen Maßnahmen aber auch die besten für die Gemeinde und deren BewohnerInnen sind, ist schwer zu beurteilen. Genau diese Beurteilung kann aber durch Information und eine Planungsgrundlage unterstützt werden. Speziell Maßnahmen, die Böden und Flächen betreffen, haben nämlich langfristig Auswirkungen und sind oft schwer umkehrbar. In erster Linie geht es darum, den Ist-Zustand zu analysieren und darauf aufbauend ein passendes Instrument oder Werkzeug zu finden. Einen Überblick darüber erhält man nicht nur durch das Auswerten von Daten und Fakten, sondern auch über Gespräche mit den Betroffenen – den BewohnerInnen, der örtlichen Wirtschaft oder Verwaltung und vielen mehr.

Analyseinstrumente gibt es einige, um den aktuellen Bestand mit vorhandenem Bedarf abzugleichen. Beispiele sind die Leerstandserhebung, Standortinformationssysteme wie zur Geschäftsstraßenentwicklung oder ein Baulückenkataster. Oft lohnt sich auch ein Blick über die Grenzen. Im Rahmen des Projekts „REFINA" wurde in Bayern und Baden-Württemberg das Innenentwicklungspotenzial ermittelt. Das Ausgangsproblem war, dass es keine flächendeckende Übersicht zu vorhandenen Baulandpotenzialen im Bestand gab. Der Innenentwicklungskataster ist ein Suchrahmen für Potenziale wie Baulücken, leerstehende Hofstellen oder gewerbliche Brache. Außerdem wurde ein Gesamtkostenvergleich zwischen Innen- und Außenentwicklungsprojekten angestrebt und konkrete Modelle zur Ansprache von Eigentümern erfolgreich erprobt. Auch ein Infrastrukturkostenkalkulator – um notwendige Investitions- und Folgekosten bei der Erweiterung von Siedlungsraum abzuschätzen – oder die Bodenfunktionsbewertung – zur Ausweisung von Schutzzonen bzw. zum Ausschluss bestimmter Nutzungsarten von Flächen – können als Entscheidungshilfe herangezogen werden.

Für eine nachhaltige Ortsentwicklung sind Informationen über den aktuellen Flächenverbrauch von hoher Bedeutung. Ein Flächenverbrauchskataster, der bauliche Entwicklungen auf Alt- und Neuflächen aufzeichnet, wird beispielsweise seit längerer Zeit in England eingesetzt. Mindestens 60 % aller Neubauten im Wohnbau werden auf bereits erschlossenen Flächen erreichtet. Somit erhält man einen guten Überblick über aktuellen Flächenverbrauch und Flächenrecycling. Gemeinden können beispielsweise einen Zielwert für den Erhalt von landwirtschaftlichen Nutzflächen und Erholungsräumen festlegen und somit auch die Ausweitung von Bauland begrenzen. Sich ambitionierte Ziele zu stecken ist wichtig und kann durch eine saubere Planungsgrundlage und Transparenz gut argumentiert werden.

Was kann ich tun?

Infrastrukturkostenkalkulator nutzen wie in Niederösterreich angeboten: www.raumordnung-noe.at

Entwicklungsberichte studieren wie den oberösterreichische Bodeninformationsbericht

Raumbezogene Informationen und Entwicklung sichten wie unter: www.oerok-atlas.at

Sich über potenzielle Instrumente informieren, bei Landesbehörden, Universitäten oder Organisationen wie dem Bodenbündnis

© Georg Jurtsch

SO KANN'S GEHEN:

BODENFUNKTIONSBEWERTUNG IM SAGISonline

Salzburg

In der Vergangenheit wurde das Schutzgut Boden von Planern und in Umweltberichten sehr unterschiedlich behandelt. Eine Vergleichbarkeit war daher kaum möglich. Die Fachdienststelle Agrarwirtschaft, Bodenschutz und Almen des Landes Salzburg nahm sich 2010 dieses Problems an. Gemeinsam mit dem Planungsbüros Regioplan Ingenieure, ARNAL und Land-Plan wurde ein Leitfaden „Bodenschutz bei Planungsvorhaben" erarbeitet. Betrachtet wurden wesentliche Funktionen des Bodens im Naturhaushalt: die Lebensraum-, Standort-, Produktions-, Regler-, Puffer- und Archivfunktion. Der Leitfaden vermittelt gleichzeitig die Methoden zur Bewertung von Bodenfunktionen, legt die Auswahl der Datengrundlagen und die Kriterien für die Bewertung fest und liefert Vorschläge für Maßnahmen zur Minderung der Auswirkungen der Planung auf den Boden. Die Beschaffung der Daten war damals jedoch analog und nur ausschnittsweise möglich.

In den Jahren 2011 und 2012 wurden die Daten der Bodenschätzung für das gesamte Landesgebiet Salzburg angekauft und mit der Unterstützung des Büros Land Plan eine landesweite Karte zur Bodenfunktionsbewertung ausgearbeitet. Die Daten (Bodenfunktionskarten) sind über den Geodatenviewer des Landes Salzburg (SAGISonline) frei verfügbar und visuell auch mit anderen Plänen wie z. B. dem Flächenwidmungsplan kombinierbar. Zur Interpretation wird zusätzlich eine Lesehilfe zur Bodenfunktionsbewertung angeboten. Planungsentscheidungen haben somit eine einheitliche Entscheidungsgrundlage gewonnen und sind auch für Privatpersonen transparenter und nachvollziehbarer.

Nähere Informationen unter
www.salzburg.gv.at

© allee42

Mit der Bodenfunktionsbewertung steht uns Raumplanern ein einfaches und effizientes Instrument zur Verfügung, den Wert des Bodens in seiner Gesamtheit zu berücksichtigen und in unseren Planungen Maßnahmen für den Schutz desselben vorzuschlagen. Die Bodendaten werden den Gemeinden als digitaler Datensatz zur Verfügung gestellt und sind damit leicht zugänglich. Bei der Standortwahl für Betriebs- und Wohngebiete kann der Bodenschutz somit bereits im Vorfeld berücksichtigt werden. In Hinblick auf die Bewusstseinsbildung bei Gemeindepolitikern und Planern hat sich viel getan, jetzt ist noch an der konsequenten Umsetzung der jeweiligen Maßnahmen zu arbeiten.

Verena Hitsch, Geschäftsführerin bei allee42 Landschaftsarchitekten

Management von Bauland – von Mobilisierung bis Eigentümeransprache

Infolge der vielseitigen Herausforderungen für Gemeinden ist ein nachhaltiges Baulandmanagement notwendig. Jede Gemeinde ist daran interessiert, neuen BewohnerInnen oder auch Wirtschaftstreibenden einen attraktiven Raum zur Verfügung zu stellen. Ziel ist es aber auch, dass die Ortsstruktur attraktiv bleibt und Grenzen nicht willkürlich nach außen verschoben werden. Dieses Ziel wird aber nicht immer erreicht. Ein großes Problem dabei ist das Horten von Bauland. Rund ein Viertel des gewidmeten Baulandes ist in Österreich unbebaut. Die tatsächliche Bebauung von bereits gewidmetem Bauland ist nicht immer einfach, insbesondere, wenn der Eigentümer nicht verkaufswillig ist oder kein Interesse an der Entwicklung seines Baulandes hat. Das fördert nur die Zersiedelung.

Deshalb sollte die Verfügbarkeit von Bauland verbessert werden. Gemeint sind auch zusätzliche Maßnahmen, die, nachdem eine Fläche als Bauland ausgewiesen wurde, zu einer schnellen Umsetzung der Vorhaben gemäß Widmung führen sollen. Das können teilweise vertragsrechtliche Vereinbarungen, öffentlich-rechtliche Maßnahmen, aber auch Maßnahmen wie Informationsbereitstellung sein.

In fast allen Bundesländern sind privatrechtliche Vereinbarungen zwischen den Eigentümern und der Gemeinde zentrale Ergänzungen zu den bereits beschriebenen lokalen Raumordnungsinstrumenten. Diese bieten vielseitige Gestaltungsmöglichkeiten und ermöglichen eine widmungsgemäße Nutzung – und das zeitgerecht. Raumordnungsverträge können beispielsweise Verwendungsverträge, Überlassungsverträge, Aufschließungsverträge oder Umlegungsverträge sein. Die Österreichische Raumordnungskonferenz stellt hier Informationen zu den jeweiligen Möglichkeiten zur Verfügung. Zusätzliche Maßnahmen der Baulandmobilisierung wurden in den vergangenen Jahren intensiv diskutiert und auch in den Raumordnungsgesetzen niedergeschrieben. Weitere Beispiele dafür sind die befristete Baulandwidmung oder die Baulandumlegung.

Um unbebautes Bauland oder Leerstand nutzbar zu machen bietet sich die Eigentümeransprache an. In deutschen Kommunen beispielsweise wurde eine Flächenmanagement-Datenbank angelegt. Dabei wurden Flächen nach den Kategorien Baulücken (unbebaut), geringfügig bebaute Grundstücke (unterbaut), Brachen (Gewerbeflächen ohne Nutzung), Hofstellen leerstehend oder mit Restnutzung, Wohngebäude leerstehend oder mit Leerstandsrisiko und Wirtschaftsgebäude leerstehend eingeteilt. Die Eigentümer wurden durch eine automatische Ansprache kontaktiert und eine Grundstücksbörse wurde eingerichtet. Neben dem klassischen Verkauf kommen Modelle wie Pacht, Grundstückstausch oder Gewähr von Zwischennutzung zum Zug. Bei all diesen Maßnahmen muss, angepasst an die Planungskultur, das richtige Set an Instrumenten gewählt werden.

Was kann ich tun?

Einlesen in Fachbroschüren wie„(Bau)Land in Sicht: Gute Gründe für die Verwertung industrieller und gewerblicher Brachflächen“ unter: www.bmlfuw.gv.at/publikationen

Mögliche Maßnahmen in der eigenen Gemeinde / Bundesland prüfen und Erfahrungsaustausch anregen

© Zwischenwasser

SO KANN‘S GEHEN:

„WIA GOND MIR GSCHIED MET GRUND UND BODA UM?“ – RÄUMLICHES ENTWICKLUNGSKONZEPT ZWISCHENWASSER

Vorarlberg

Wie viele Gemeinden in Österreich sah sich Zwischenwasser zunehmend mit einem steigenden Druck auf kommunale Flächen konfrontiert. Bezogen auf die bebaute Fläche gab es in Zwischenwasser noch 36 % unbebaute, bereits als Bauland gewidmete Fläche. Werden die Bauerwartungsflächen eingerechnet, so sind es sogar 42 %. Ziel des REK ist ein bewusster Umgang mit Neuwidmungen. Es liefert Planungsgrundlagen, ob ein Grundstück als Baufläche geeignet ist. Flächenpotenziale sollen besser ausgenutzt werden und ein attraktiver Lebens- und Wohnraum verfügbar sein. Die Gemeinde stellte sich einem umfassenden Prozess zur nachhaltigen Gestaltung der räumlichen Entwicklung. In einer 18-monatigen offenen Erarbeitungsphase wurde unter Einbezug von BürgerInnen, ExpertInnen und den GemeindevertreterInnen ein stimmiges Konzept erarbeitet. Außerdem wurde eine scharfe äußere Siedlungsgrenze fixiert, die von Bauflächenwidmungen bzw. Bebauungen nicht überschritten werden darf. Innerhalb dieser äußeren Siedlungsgrenzen gibt es Bauerwartungsland und noch als Landwirtschaftsfläche gewidmete Grundstücke. Bei einem Widmungswunsch innerhalb dieser Siedlungsgrenzen muss vorher ein Raumplanungsvertrag mit der Zusage, innert fünf Jahren das Grundstück zu bebauen, unterfertigt werden. Damit wird einer Baulandvorratshaltung entgegengewirkt.

Begleitet wurde der Prozess mit Methoden der nonconform ideenwerkstatt, wobei vor allem die Bürgerinnen und Bürger ExpertInnen waren. Die partizipative Planung war Grundlage für den Prozess.

Nähere Informationen unter
www.zwischenwasser.at

© Zwischenwasser

Die Erstellung eines räumlichen Entwicklungskonzeptes hat sich trotz anfänglichem Gegenwind einiger benachteiligter Grundstücksbesitzer auf alle Fälle gelohnt. Nun kann bereits in einer sehr frühen Planungsphase dem Widmungswerber eine klare Aussage übermittelt werden, ob sein Grundstück umgewidmet werden kann oder nicht. Die eingeführte Fünf-Jahrespflicht zur Bebauung bringt einige Widmungswerber zum Nachdenken, ob denn wirklich eine Bebauung stattfinden wird.

Kilian Tschabrun, Bürgermeister von Zwischenwasser

SPARSAM FLÄCHEN NÜTZEN UND BODEN SCHÜTZEN

Der Flächenverbrauch wächst in Österreich stärker als die Bevölkerung. In manchen Gemeinden wird trotz sinkender Einwohnerzahlen jährlich neuer Boden verbaut. Das liegt am steigenden Anteil von Singlehaushalten, am Wunsch vom „Eigenheim im Grünen“ und am Konsum- und Freizeitverhalten aber auch an neuen Wirtschaftsansiedlungen. Während oft am Rand der Gemeinde Baugründe erschlossen werden, stehen Flächen im Ortskern leer. Experten nennen dies das „Donut“-Phänomen: Während die Gemeinde am Rand Siedlungserweiterungen vornimmt, dünnt das Zentrum aus.

Immer noch geht der Trend zum Einfamilienhaus, auch steigt die Wohnfläche pro Kopf und es wird teilweise nach wie vor gern auf der „grünen Wiese“ gebaut. Ebenso sind Bautätigkeiten zu gewerblichen Zwecken häufig flächenaufwendig, weil eingeschossig gebaut wird, und auch hier erscheinen oft Standorte fernab von bereits erschlossenem Siedlungsgebiet geeigneter. Dies zieht wiederum Erweiterungen der Infrastruktur nach sich: Kanalisation, Wasser- und Stromleitungen sowie Verkehrsflächen und manchmal auch Freizeitanlagen müssen neu gebaut werden. Dabei geht viel fruchtbarer Boden verloren.

Manche verstehen unter dem Begriff Flächenmanagement rein die Widmung und Nutzung von Bauflächen. Eine vorausschauende Bodenpolitik richtet den Blick ebenso auf andere Bodenfunktionen und erkennt den ökologischen, sozialen und ökonomischen Wert des Bodens gleichermaßen an. Dabei behält sie die drei Haupttreiber des Flächenverbrauches (Wohnen, Wirtschaft und Verkehr) im Auge.

Gemeinden haben zahlreiche Instrumente an der Hand, um die Flächeninanspruchnahme zu reduzieren und Böden zu schützen. Diese reichen vom sensiblen Umgang mit Gemeindegründen über die Bewusstseinsbildung bei Liegenschaftseigentümern, Bauherren und Planern bis hin zu ökonomischen Anreizen. Beispiele sind eine Abbruchprämie um den Abriss eines Altbestandes zu vergünstigen und die Innenentwicklung zu forcieren oder die Einhebung von Aufschließungsbeiträgen für Neuerschließungen auf der grünen Wiese.

Generelles Ziel beim Siedlungsmanagement sind kompakte Strukturen, weil diese attraktive und belebte Ortskerne fördern, bei denen Nahversorgung und Daseinsvorsorge gut erreichbar sind und Erschließungskosten und Verkehrsaufkommen reduziert werden.

Leitfragen dabei sind:

Ist in meiner Gemeinde eine Ansiedelung (für Betriebe und zu Wohnzwecken) im Umland attraktiver als im Zentrum? Wodurch kann das Zentrum meiner Gemeinde attraktiver werden?

Wo gibt es in meiner Gemeinde Leerstände? Warum werden die Flächen nicht genutzt?

Können Baulücken im Zentrum geschlossen werden?

Welche Möglichkeiten zur Mehrfachnutzung von nur zeitweilig genutzten Gebäuden gibt es (Schule, Vereinsheime etc.)? Gibt es die Möglichkeit leerstehende Geschäftslokale vorübergehend (KünstlerInnen, Wanderkino, Schau- und Werbeflächen,...) zu nutzen?

Wer könnte Interesse an der Nutzung leerstehender Flächen oder Baulücken haben? Mit welchen Anreizen könnte meine Gemeinde das unterstützen? Wie erreiche ich potenzielle Interessenten?

Welche Verbündete können gefunden werden? Gibt es Plattformen, Architekten, Banken, die meine Gemeinde unterstützen können?

Kann bei Bauvorhaben die gewünschte Funktion auch mit einer geringeren versiegelten Fläche erzielt werden?

Ortskern stärken & Zersiedelung entgegenwirken

Zersiedelung ist oft das Resultat falscher Raumplanung. Einfamilienhaus-Teppiche in der Peripherie, riesige Grünflächen um die Häuser, Shoppingcenter mitten auf der grünen Wiese. Dafür werden oft fruchtbare Agrarflächen verwendet und gleichzeitig sterben die Ortskerne. Smarte Raumplanung sieht anders aus: Eine intelligente Flächenplanung wirkt der steigenden Zersiedelung entgegen, denn diese fördert nicht nur den Individualverkehr, sie hemmt auch das soziale Miteinander. Finanzielle Folgen durch die Errichtung und den Erhalt von Infrastruktur dürfen nicht außer Acht gelassen werden, denn großräumige Strukturen sind teuer, von Energieversorgung bis zur Mobilität.

Ein attraktiver Ortskern wirkt Zersiedelung entgegen, denn das Zentrum ist das Herz jeder Gemeinde. Er ist mehr als Wirtschafts- und Wohnraum, er ist ein Ort der Begegnung und der Lebensqualität. Leider zerstören Einkaufszentren am Ortsrand – die durchaus nachvollziehbare Vorteile für die KonsumentInnen bringen – sowohl die Wirtschaft als auch die Lebensqualität. Einstmals belebte Ortskerne wirken heute oft eher wie eine Geisterstadt. Viele Gemeinden setzen daher auf Revitalisierung und versuchen mit Anreizen die Dynamik im Ort zu behalten. Hier ist Überzeugungsarbeit gefragt, um die Motivation für den Einkauf und das Leben im Ort zu steigern.

In den letzten Jahren richteten einige Gemeinden Begegnungszonen ein, die vor allem für Verkehrsberuhigung und Sicherheit sorgen. Nachhaltiges Parkraummanagement kann mit Anreizen wie fixen Stellplätzen für Car-Sharing oder einem ausreichenden Angebot an Fahrradständern das Verkehrsaufkommen beeinflussen. Das Schaffen von Rastmöglichkeiten und möglichst „grüne" Gestaltung des öffentlichen Raums steigern die Attraktivität. Zusätzlich kann der öffentliche Verkehr mit einem guten Angebot an Haltestellen und einer nachfrageorientierten Taktung viel beitragen. Denn eine attraktive Gesamtinfrastruktur spielt insbesondere für die Ansiedelung von Betrieben, aber auch für ein lebenswertes Wohnen eine große Rolle.

Um Flächenverbrauch zu minimieren, sollte Leerstand aktiviert oder der Bestand nachhaltig verdichtet werden. Das belebt den Ort und spart Geld für Aufschließung oder Instandhaltung. Weiters sollten Baulücken vermieden bzw. in späterer Folge geschlossen werden. Vermeiden lassen sich diese, indem Neubaugebiete an bestehende Zentren angebunden werden. Die Festlegung von Siedlungsgrenzen fördert die Innenentwicklung. Idealerweise sollten diese von einer überörtlichen Stelle festgelegt werden.

Was kann ich tun?

Umfassende Konzepte zur Ortskernrevitalisierung erstellen wie in der Gemeinde Silz

Angebote für lokale Wirtschaft schaffen, wie Anzeigen und Bewerbung in der Gemeindezeitung

Motivation zum Kauf im Ort steigern wie Fahrkarten für Regionalverkehrslinien mit einem Einkaufsgutschein im Ort verbinden

Open Space schaffen wie für Lerngruppen, Spielgruppen oder Vereine

Multifunktionsräumlichkeiten anregen wie gemeinschaftliche Arztpraxen. Dadurch bleibt die medizinische Versorgung im Ort und durch Mehrfachnutzung sinkt der Flächenbedarf

Immobilienportale etablieren

© Atelier für Architektur

SO KANN'S GEHEN:

DAS HERZ VON FERLACH WIRD GESTÄRKT

Kärnten

Das Zentrum von Ferlach soll stärker belebt und ein Treffpunkt von Jung & Alt, aber auch von Einwohnern und Gästen werden – da sind sich BürgerInnen, Politik und Verwaltung einig. Um das zu erreichen rief die Stadtgemeinde unter Bürgermeister Ingo Appé zur Ideenwerkstatt für die zukünftige Stadtentwicklung auf. Die aktive Beteiligung der BürgerInnen zeigte schnell Bedarf auf. Fünf Architektenteams sorgten dafür, die Ideen zu bündeln und in Plänen umzusetzen.

Was dabei herauskam, war erstaunlich und wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Zwischen Rathaus und der HTL soll ein „Kreativquatier" entstehen. JungunternehmerInnen, HandwerkerInnen und Kreativschaffenden soll Raum für Gestaltung und Umsetzung gegeben werden. Zusätzlich soll dabei in den leeren Erdgeschoßflächen Raum für Wohnen geschaffen werden, damit der Platz auch dauerhaft belebt ist. Der „neue" Hauptplatz soll zum Ort der Begegnung werden, bei welchem die Lösung aktueller Verkehrsprobleme rund um den Hauptplatz und die Hebung der Attraktivität des Platzes im Vordergrund stehen. Ein drittes Hauptprojekt ist der Büchsenmacher-Erlebnisweg, der sich stark mit der Identität der Ortschaft auseinandersetzt und so auch Interessierte locken soll. Das hilft auch der lokalen Wirtschaft. Wenn es um die Verwirklichung all dieser Projekte geht, kommt der Zentrumskümmerer ins Spiel. Der Kümmerer forciert ein solides Leerstandsmanagement, ist Kommunikationsschnittstelle zwischen allen Beteiligten und soll so langfristig für ein belebtes Zentrum sorgen.

Nähere Informationen unter
www.ferlach.at

© Stadtgem. Ferlach

Um die Stadt mit Leben zu erfüllen, ist es nötig, den Schwung der aktiven Beteiligung aufzunehmen und Erarbeitetes umzusetzen. Dies bedarf jedoch großer Anstrengung und Initiative des Gemeinderates und aller Beteiligten.

Harald Ogris, Sachbearbeiter der Stadtgemeinde Ferlach

Baukultur, verdichtetes Bauen & weniger versiegeln

Der Begriff Baukultur umschreibt das klare Bekenntnis einer Gemeinde zur Qualität der gebauten bzw. gestalteten Umwelt. Da geht es in erster Linie nicht darum, ob ein Gebäude für die Mehrzahl der Betrachter schön ist oder nicht. Wesentlich ist die Qualität der Planungs-, Bau- und Umsetzungsprozesse und, wie die Betroffenen eingebunden werden. Dies zeigt sich nicht nur am gebauten Ergebnis, sondern auch daran, wie sich dieses in (baulich und sozial) Vorhandenes einbettet, sowie in der Akzeptanz der Bevölkerung. Beteiligungsprozesse sind, wenn sie ernst gemeint sind und nicht nur als Feigenblatt dienen, ein wichtiger Schlüssel zu gelungener Baukultur.

Zersiedelung entgegenzuwirken ist ein wichtiges Ziel der Baukultur und eine verdichtete Bauweise ist dabei entscheidend. Beim verdichteten Bauen geht es um die bestmögliche Ausnutzung der Fläche. Je dichter gebaut wird, desto geringer die Bau-, Wohn- und Erhaltungskosten pro Person. Einfache Beispiele sind geteilte Wände oder Stiegenhäuser. Einerseits kann eine verdichtete Bauweise im Neubau eingesetzt werden, aber auch bestehende Gebäude sind nachzuverdichten. Zusätzliche Stockwerke oder Anbauten sind dabei ebenso Instrumente wie neue Erholungsflächen durch begrünte Dachterrassen.

Dabei muss natürlich klar geregelt sein, wie weit Aufstockungen oder Umbauten gehen dürfen. Vor allem in Innenstadtlagen gibt es oft Potenzial für Nachverdichtung. Hier sollte auf die jeweilige Situation Rücksicht genommen werden, weil nicht ins Bild passende Bauten oder neue Nutzungskonzepte manchmal Ärger erzeugen. Ein potenzieller Gegner von Verdichtung ist der Nachbar, weshalb speziell hier eine verstärkte Kommunikation und Zusammenarbeit sinnvoll ist.

Bei Bauvorhaben gilt es, unnötige Versiegelung zu vermeiden. Eine Möglichkeit ist das Anlegen von wasserdurchlässigen Belägen. Wassergebundene Decken wie Blumen-, Kräuter- oder Schotterrasen bieten sich ebenso an wie im Sandbett verlegte Platten, Betongrasplatten, Rasengittersteine oder begrünte Sickermulden. Auch die Rücknahme von Versiegelung bietet sich an. Beispielsweise können Innenhöfe in Schulen oder Wohnbauten ökologisch sinnvoll und ansehnlicher gestaltet werden, ebenso aufgelassene Gewerbegebiete oder Straßen. Selbst wenn der ökologische Wert nach einer einmal erfolgten Versiegelung nicht einfach wieder hergestellt werden kann, ist eine Entsiegelung eine überlegenswerte Vorgehensweise, auch wenn dies Zeit und Geld kostet.

Was kann ich tun?

Mitmachen beim Baukulturgemeindepreis und Anregungen sammeln: **www.landluft.at**

Für kommunales Bauen umweltfreundliche Baumaterialien überlegen (Holz)

Für Gemeindegründe der Nutzung entsprechend alternative Beläge verwenden

Für baukulturelle Maßnahmen Bürgerbeteiligungsverfahren durchführen

Bodenschutz-Auflagen und -Anreize bei Umwidmungen wie Versiegelungsabgabe, geringere Grundsteuer bei verdichtetem Bauen etc.

Beratung von Bauherren und Kooperation mit Planern zum Thema Verdichtetes Bauen

© Gemeinde_Fließ

SO KANN'S GEHEN:

FLIESS: VIELE KÖCHE VERDERBEN NICHT DEN BREI

Tirol

Mit der Entwicklung des Gemeindezentrums wollten wir einen Raum der Begegnung für die Bevölkerung schaffen. Ein Dorfplatz, die Ordination für den Sprengelarzt, das Gemeindeamt, das Tourismusbüro, die Postpartnerstelle, ein Wohnhaus für betreubares Wohnen, Startwohnungen für junge Menschen und ein Lebensmittelgeschäft standen auf der Wunschliste.

In Absprache mit der Abteilung Dorferneuerung, AUT (Architektur und Tirol), der Architektenkammer und den Landhausjuristen haben wir ein zweistufiges Wettbewerbsverfahren mit Bürgerbeteiligung durchgeführt. Der erste Teil bestand aus einer offenen Bewerbungsausschreibung, der zweite Teil aus einem Bürgerbeteiligungsprozess. Die gesamte Bevölkerung, Schüler und Nachbarn wurden eingeladen.

Die Architekten legten die ausgearbeiteten Projekte, die auf dieser Grundlage erstellt wurden, anonym vor. Bei der Jurysitzung durfte auch die ganze Bevölkerung dabei sein. Sehr positiv wurde bewertet, dass der Juryvorsitzende alle Projekte fachlich fundiert erklärte. Direkt auf dem Baugrundstück hat er anhand der Modelle und der angrenzenden Gebäude die Höhen und Grenzabstände erläutert. Die Entscheidung wurde jedoch von der Jury getroffen. Die Bevölkerung konnte bei der Bekanntgabe dabei sein.

Nachdem sehr viele BürgerInnen bei diesem Prozess involviert waren, gab es nach der Entscheidung keine Kritik. Bei der Bauverhandlung konnten bereits Vereinbarungen mit den Nachbarn bezüglich Anbringung von Erdankern für die Baugrubensicherung abgeschlossen werden. Dieser Beteiligungsprozess hat die Akzeptanz in der Bevölkerung erhalten.

Nähere Informationen unter
www.fliess.at

© Gemeinde_Fließ

Architektenwettbewerbe tragen zu erhöhtem Verständnis für Baukultur bei. Dies hat zur Folge, dass seit einigen Jahren auch bei privaten Bauvorhaben die Leistungen der Architekten in Anspruch genommen werden. Die Qualität der Baueinreichungen steigt entsprechend stark an, dies ist auch für ländliche Gemeinden ein Gewinn für das Landschaftsbild.

Hans-Peter Bock, Bürgermeister von Fliess

Nachnutzung & Flächenrecycling

In Österreich gibt es zahlreiche brachliegende Gewerbeflächen, also Gründe, die vormals für gewerbliche oder industrielle Zwecke bewirtschaftet und dann stillgelegt wurden – sogenannte „Brown Fields". Diese nicht mehr genutzten Gebäude und Flächen, ob sie nun im Ortszentrum liegen oder nicht, geben zumeist ein unattraktives Bild ab. Gleichzeitig wählen viele Wirtschaftstreibende für neue Standorte ihrer Unternehmen Flächen auf der „grünen Wiese", die manchmal noch nicht aufgeschlossen sind. Auch für Wohnzwecke wird für größere Projekte vielfach eine ähnliche Vorgehensweise gewählt.

Laut Umweltbundesamt könnte durch eine konsequente Wiedernutzung von Industrie- und Gewerbebrachen der Flächenneuverbrauch um rund ein Sechstel reduziert werden. Zudem sind diese Flächen oft in attraktiver Lage, bereits erschlossen und haben meist eine gute Anbindung an die notwendige Infrastruktur. Auch für Gemeinden können sich durch Nachnutzungen bzw. durch Flächenrecycling Kosteneinsparungen ergeben, weil die Investitionen für neue Infrastrukturanbindungen wegfallen und sich auch die laufenden Erhaltungskosten reduzieren.

Ein, zumeist überschätztes, Risiko bei der Nachnutzung von Altstandorten ist eine mögliche Kontamination des Bodens oder des alten Gebäudebestandes. Die Entsorgung von kontaminiertem Bodenaushub oder Baurestmassen kann die Baukosten erhöhen, da das kontaminierte Material entsprechend entsorgt werden muss. Dies betrifft jedoch nicht alle vorhandenen Industrie- oder Gewerbebrachen. Außerdem kann durch eine an die Gegebenheiten angepasste Planung (Minimierung des kontaminierten Aushubmaterials) sowie die sorgfältige Begutachtung von Bodenaushub und Baurestmassen ein Großteil des Materials recycelt werden, was die Entsorgungskosten erheblich reduziert. Eine Abfrage beim Umweltbundesamt zum entsprechenden Altstandort liefert den ersten Anhaltspunkt über eine Vornutzung mit umweltgefährdenden Stoffen. Eine Abschätzung der Entsorgungskosten wird von zahlreichen Ingenieurbüros kostengünstig angeboten und sollte vor Ankauf eine Industrie- oder Gewerbebrache unbedingt durchgeführt werden.

Derzeit ist das vorhandene Potenzial an nutzbaren Brachflächen schwer abschätzbar. Doch kennen viele Verantwortliche in den Gemeinden einzelne Flächen, die sich für Flächenrecycling eignen. Ähnlich verhält es sich bei Nachnutzung von ehemaligen Gewerbestandorten. Mit kleinen Adaptierungen kann der Weg für andere Nutzungsformen (andere Gewerbebetriebe, Dienstleister oder zu Wohnzwecken) frei gemacht werden. Auch Zwischennutzungen können als Übergangslösungen sinnvoll sein. Hier können Gemeindeverantwortliche als Informationsdrehscheibe wirken und Interessenten bodensparende Impulse liefern.

Was kann ich tun?

Den öffentlichen Leerstand erfassen und analysieren

Überblick über die Eigentumsverhältnisse von Leerständen verschaffen

Portale wie www.standortservice.at nutzen und promoten

Konzepte wie bei der Pfarre Linz-Marcel Callo, dem Museumszentrum Mistelbach, dem Motorenwerk Steyr oder der Donauuniversität Krems durchstöbern

© Florian Pfaffstaller

SO KANN'S GEHEN:

ALTE SPINNEREI OBERWALTERSDORF

Niederösterreich

Jahrzehntelang war die ehemalige Baumwollspinnerei dem Verfall preisgegeben. Dann erwarb der Immobilienentwickler Richard Pfaffstaller das Areal etappenweise von verschiedenen Eigentümern. Die Substanz der architektonisch wertvollen Gebäudeteile inklusive des sichtbaren Wahrzeichens, dem Schlot, wurde behutsam saniert. Die erarbeiteten Konzepte für eine Nachnutzung der Spinnerei reichten von einem Hotel bis zum Businesspark. Bald stellte sich heraus, dass aufgrund der zentralen Lage im Ortskern ein Umbau in Lofts die beste Lösung darstellt. Die Außenansicht und die Innenräume (mit Stahlsäulen, Stahlträgern, Transmissionsrädern etc.) sind ideal für Loft-Liebhaber.

2014 wurde dann in Partnerschaft mit der Baufirma Prameshuber & Partner der Umbau begonnen. Natürlich ergab sich die Frage, ob genügend Loft-Liebhaber nach Oberwaltersdorf ziehen werden. Doch das Konzept stimmte. Die Großzügigkeit eines Lofts kombiniert mit dem Ausblick auf das Wasser und das grüne Triesting-Ufer am Eurovelo-Radweg schaffen ein besonderes Ambiente – anders als die gewohnten Reihenhaussiedlungen an den Ortsrändern. Die optimale Nachnutzung ist ressourcen- und flächenschonend – eine echte Alternative. Die ersten Miteigentümer haben ihre Lofts bereits innen fertig ausgebaut und sind eingezogen. Parkplätze mit E-Ladestationen ergänzen das Angebot für Pendler. Die große Maschinenhalle mit der alten Dampfmaschine ist derzeit noch ungenutzt und wartet auf einen Restaurantbetreiber.

Nähere Informationen unter
www.altespinnerei.at

© Florian Pfaffstaller

Mit dem Ausbau in ein Loft haben wir unseren Wohntraum verwirklicht. Durch das Spiel von Alt und Neu, von Industrie und Gemütlichkeit ist für uns das optimale Zuhause entstanden. Zusätzlich ist die Atmosphäre im Haus toll - durch die Faszination von Industriestil und der Geschichte der Fabrik haben wir somit viel mehr als nur eine Wohnung. Ein ganz besonderes Lebensgefühl.

Andreea Tranculov, Bewohnerin eines Lofts der Alten Spinnerei

Infrastruktur & Frei- und Grünräume schaffen

Eine intakte und gut geplante Infrastruktur in der Gemeinde entscheidet über die Lebensqualität der BewohnerInnen. Infrastruktur kann die soziale Infrastruktur wie öffentliche Stellen oder Verwaltung, Bildungseinrichtungen, Standorte des Gesundheitswesens oder Freizeitbereichs bedeuten. Erreichbarkeit und eine Eingliederung im Zentrum spielen dabei eine große Rolle. Ein weiterer zentraler Bereich betrifft die Verkehrseinrichtungen. Infrastruktur als Begriff umfasst auch die technischen Gegebenheiten wie die Versorgung mit Energie und mit Wasser sowie die Abfallentsorgung – also alles, was mit Erschließung hinzukommt. Auch Breitbandausbau und die gesamte Informations- und Kommunikationstechnik sind hier wichtig.

So vielseitig Infrastruktur nun ist, eines haben alle Ausprägungen gemeinsam – sie betreffen Böden und Flächen. Erstes Ziel ist die möglichst gute Auslastung des bereits bestehenden Infrastrukturangebots, bevor ein weiterer Ausbau geplant wird. Bei allen Vorhaben, die meist durch den öffentlichen Bereich in Auftrag gegeben und finanziert werden, müssen bodenschonende Maßnahmen berücksichtigt werden. Angelegenheiten rund um den Bereich Mobilität spielen dabei eine große Rolle, weil sie die BewohnerInnen auch direkt stark betreffen. Eine integrierte und umweltschonende Planung bei der Neuerrichtung von Gebäuden und Co auch hinsichtlich der Anbindung an den öffentlichen Verkehr ist heutzutage unverzichtbar. Für Gemeinden ist es wichtig den Bedarf, beispielsweise an Freiräumen zu kennen, um auch gemäß der Bevölkerungsentwicklung ein attraktives Angebot zu bieten. So hat beispielsweise die Gemeinde Zwischenwasser ein eigenes Spielplatzkonzept entwickelt.

Grün- und Freiräume wie Dorfanger prägen das Ortsbild stark. Freigehaltene Flächen im Ortszentrum, die für die Öffentlichkeit verfügbar sind, erfüllen mehr Zwecke als rein für Erholung und Idylle. Auch für das Mikroklima und vor allem für die Umwelt haben diese eine große Bedeutung. Parks, Gärten, begrünte Innenhöfe, horizontale Begrünung wie auf Fassaden oder Dachbegrünung sind Maßnahmen, um für ein angenehmes und ökologisch sinnvolles Umfeld im Gemeindegebiet zu sorgen. Bei öffentlichen Grünanlagen kann qualitativer Bodenschutz durch Gründüngung, Kompostverwendung oder Mulchen angewendet werden. Maßnahmen wie Hochwasserkorridore oder Retentionsflächen sind auch Anpassungsstrategien an den Klimawandel, die zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Was kann ich tun?

Fahrbahnbreiten und Parkraumanteil verringern und gleichzeitig Grünflächenanteil steigern

Grünachsen schaffen und Biotopvernetzung mitdenken

Bodenschutz als eigenen zentralen Indikator bei Infrastrukturprojekten berücksichtigen

Tipps und Tricks von Informationskanälen wie **www.umweltberatung.at** holen

© Stadtgemeinde Oberwart

SO KANN'S GEHEN:

OBERWART LIEGT GRÜN AM HERZEN

Burgenland

Die Stadtgemeinde Oberwart nimmt ihre Aufgaben bezüglich Infrastruktur ernst. Alle drei Monate wird über neue Sanierungsmaßnahmen oder Projekte mittels Gemeindezeitung informiert. Bei den Bau- bzw. Sanierungsprojekten, ob begrünte Verkehrsinseln oder das neue H2-Gebäude, – ein Hochhaus mitten im Zentrum für Wohn- und Arbeitsraum – werden die Umwelt und das Umfeld stets mitgedacht. Dachgärten und Terrassen, um die Stadtgemeinde grün zu halten, spielen beim neuen Bau eine große Rolle. Zentrum der sozialen Infrastruktur ist der Stadtpark. Der ist nicht nur Ort der Erholung, sondern auch Ort der Begegnung. Der Stadtpark als Grünraum, Marktplatz, Veranstaltungsraum und vielem mehr ist Magnet für die BewohnerInnen und Gäste. Zusätzlich wird nun eine Retentionsanlage im Park gebaut. Im Jahr 2015 erhielt die Gemeinde das Öko-Gütesiegel, weil sie bei der Unkraut- und Schädlingsbekämpfung auf kommunalen Flächen auf glyphosathaltige Herbizide wie bei Round-Up-Lösungen verzichtet.

Nähere Informationen unter
www.oberwart.gv.at

Der Stadtpark im Herzen von Oberwart lädt zum Verweilen ein. Hier finden die BürgerInnen nicht nur ein Plätzchen zum Ausruhen, sondern im hinteren Bereich, etwas weiter weg von der Straße, gibt es auch einen großen Kinderspielplatz, der immer gut frequentiert ist. Samstags wird ein Teil des Stadtparks zum Bauernmarkt, in den Wintermonaten findet der Christkindlmarkt statt und im Sommer gibt es unter dem Motto 'Kulturpark' ein umfangreiches Programm mit Show- und Musikeinlagen. Der Park von Oberwart ist also ein Ort der Begegnung mitten im Zentrum der Stadt.

© Lexi

Georg Rosner, Bürgermeister von Oberwart

IMPRESSUM

Eigentümer, Verleger und Herausgeber:
Ökosoziales Forum Österreich
1010 Wien, Herrengasse 13,
ZVR-Zahl: 759206393
Mail: info@oekosozial.at, www.oekosozial.at

Lektorat: Elisabeth Rodler
Fotos, wenn nicht anders benannt: Archiv, Fotolia, photocase
Cover: shutterstock.com/Georgy Dzyura
Gestaltung: trafikant – Handel mit Gestaltung. 1050 Wien

Projektkooperation:
Ökosoziales Forum Kärnten
Ökosoziales Forum Niederösterreich
Ökosoziales Forum Oberösterreich
Ökosoziales Forum Salzburg
Ökosoziales Forum Steiermark
Ökosoziales Forum Wien
Ökosoziales SchülerInnenforum
Ökosoziales Studierendenforum
Umweltbundesamt

umweltbundesamt

Druck: Druckerei Janetschek GmbH, 3860 Heidenreichstein
UZ24 „Schadstoffarme Druckerzeugnisse“ UW 637
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen.

PEFC
PEFC/06-39-03

MIT UNTERSTÜTZUNG VOM
MINISTERIUM FÜR EIN LEBENSWERTES ÖSTERREICH

Reden wir nicht drumherum:

WENN ÖSTERREICH WEITER SO ZUBETONIERT WIRD, GIBT’S IN 200 JAHREN KEINE HEIMISCHEN LEBENSMITTEL MEHR.

Dr. Christoph Kardinal Schönborn
Erzbischof von Wien

Dr. Stephan Pernkopf
Präsident Ökosoziales Forum Österreich

Mag. Othmar Commenda
Generalstabschef des Bundesheeres

Franz Welser-Möst
Dirigent

Dr. Johanna Rachinger
Generaldirektorin
Österreichische Nationalbibliothek

Dr. Kurt Weinberger
Vorstandsvorsitzender
Österreichische Hagelversicherung

Jeden Tag wird in Österreich ein Bauernhof zubetoniert.
Wiesen und Felder im Ausmaß von 30 Fußballplätzen!
Eine echte Bedrohung für Mensch und Umwelt - dem muss Einhalt geboten werden.

Die Österreichische Hagelversicherung

wir.machen.zukunft
www.oekosozial.at